

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Neue Nazimordtaten
- KPD-Gemeindepolitik
- Hörsing als Polen-Schlächter
Im Jahre 1919
- Das Ende der „Atlantique“
- Der Fall Cohn
- Brief aus dem Harz
- Vollständige Faschisierung der
polnischen Gewerkschaften
- Rettungsarbeiten am „Malygin“
- Die Legende vom Austro-Marxismus

Die Legende vom Austro-Marxismus

I.
Eine Legende geht um in der europäischen Arbeiterbewegung — die Legende vom Austromarxismus. Alle Mächte des Reformismus haben sich zu einer heiligen Propaganda für diese Legende verbündet. Wo ist die oppositionelle Gruppierung in einer sozialdemokratischen Partei, die nicht von ihren beunruhigten Führern durch den Hinweis auf das „revolutionäre“ Wesen der österreichischen Sozialdemokratie zur Treue gegenüber der II. Internationale ermahnt worden wäre?

Der Austromarxismus wird als Köder für rebellierende Sozialdemokraten ausgespielt. Es ist hohe Zeit, daß man die Anschauungsweise, die Zwecke, die Tendenzen des Austromarxismus offen darlegt und untersucht.

II.
Konnte man das Frankreich des 18. und 19. Jahrhunderts als das klassische Land betrachten, in dem die Klassenkämpfe stets bis zuletzt durchgekämpft wurden, so muß dem gegenwärtigen Oesterreich zugebilligt werden, daß es jenes klassische Land Europas geworden ist, für welches das genaue Gegenteil zutrifft. Die Gegensätze ersticken gleichsam in dem Invalidengebilde des verkrüppelten Kleinstaates, in seiner chronischen Pleite, in seiner restlosen Abhängigkeit und Unselbständigkeit. Daraus ergibt sich eine Atmosphäre des Sumpfes, der Hoffnungslosigkeit, durchtränkt von den Ausdünstungen der Wiener Caféhäuser und der ererbten Gemüchlichkeit des Wiener Praterlebens. Der geistige Niederschlag dieser Atmosphäre in der Arbeiterklasse, der ideologische Ueberbau über dem gesellschaftlichen Sein Oesterreichs — ist eben der Austromarxismus, diese Theorie der permanenten Stagnation.

„Was den österreichischen Marxismus auszeichnet, ist der Abscheu vor der revolutionären Aktion und die Angst vor ihr. Der österreichische Marxist ist fähig, eine Unmenge von Tiefsinn in der Erklärung des gestrigen Tages zu entfalten und einen beträchtlichen Wagemut in der Prophezeiung für den morgigen Tag zu zeigen — aber für den heutigen Tag hat er nie einen großen Gedanken. Der heutige Tag geht für ihn unter dem Andrang von kleinen opportunistischen Sorgen verloren, welche nachher als unverrückbares Glied zwischen Vergangenheit und Zukunft ausgelegt werden. Es ist, versteht sich, kein Zufall, daß gerade in Oesterreich, in diesem durch unfruchtbar nationale Gegensätze zerrissenen Babylon, in diesem die Unmöglichkeit der Existenz und der Entwicklung verkörpernden Staate, die pseudo-marxistische Philosophie der Unmöglichkeit einer revolutionären Aktion entstanden ist und sich gekräftigt hat.“ (Trotzki, Terrorismus und Kommunismus.)

III.
Schon vor dem Weltkrieg hatte in der von nationalen Gegensätzen zerrissenen und in ihrer kapitalistischen Entwicklung gehemmten Habsburgermonarchie ein einzigartiges Verhältnis zwischen Thron und Arbeiterbewegung Platz gefunden; im Kampf gegen die Sonderbestrebungen der einzelnen Bourgeoisien spielte die Monarchie die internationalistische Einstellung der Sozialdemokratie aus. Die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung vollzog sich also unter Umständen, die mit keinem anderen Lande einen Vergleich gestatten. Der glückliche „Zufall“ der Parlamentsauflösung 1914 brachte die Sozialdemokratie um jene demonstrative Zustimmung zur imperialistischen Kriegspolitik, die in anderen Ländern von so entscheidender Bedeutung für die Spaltung der Arbeiterschaft wurde. Die kriegsbejahende Politik der österreichischen Führer fand ihren Ausdruck nur in patriotischen Zeitungsartikeln, denen lange nicht die gleiche Symbolkraft innewohnt, wie parlamentarischen Demonstrationen. Die Erschießung des Grafen Stürgk durch Fritz Adler schuf dann jene mythische Gloriette der revolutionären Einstellung, die die Zeitungartikel von 1911 weit in den Schatten stellte. Das Blut des habsburger Grafen erwies sich als sehr fester Leim für die Arbeit der Arbeiterklasse.

Reichstag erst am 24. Januar

Die NSDAP scheut die Entscheidung

Anträge der SPD und KPD auf frühere Reichstags-Einberufung abgelehnt

Berlin, 5. Januar.
VDZ. Der Ältestenrat des Reichstages hat am Mittwoch nachmittag beschlossen, den Reichstag für Dienstag, den 24. Januar, einzuberufen. Ueber die Tagesordnung soll eine neue Ältestensitzung am 20. Januar entscheiden.

Ueber den Verlauf der Sitzung des Ältestenrates erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ noch, daß die Kommunisten die Einberufung des Reichstages schon für den 9. Januar zu Beratung der vom Haushaltsausschuß gefaßten Beschlüsse beantragten. Die Sozialdemokraten waren gleichfalls für ein rasches Zusammentreten des Reichstages und hatten als Termin den 10. Januar vorgeschlagen. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß man den Reichstagsausschüssen noch Zeit zur Fortsetzung ihrer Arbeiten lassen müsse und das Plenum erst für einen späteren Termin einberufen möchte. Schließlich schlug Abgeordneter Dr. Bell (Z) den 24. Januar vor. Sein Antrag wurde

bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen.

Um den neuerlichen Rückzug der NSDAP zu vernebeln, beantragte Abgeordneter Dr. Fabricius (NSDAP), die vorliegenden Mißtrauensanträge (der KPD und der SPD) in der nächsten Reichstagsitzung zur Abstimmung zu bringen. Durch Rückfragen der Abgeordneten Löbe (SPD) und Leicht (BVolksp) wurde klargestellt, daß die Nationalsozialisten dadurch nicht etwa eine Regierungserklärung verhindern wollten, sondern daß sie eine Abstimmung über ihren Mißtrauensantrag im Anschluß an die Regierungserklärung oder an eine politische Debatte wünschten.

Es wurde schließlich festgelegt, daß über die Tagesordnung erst in einer neuen Ältestensitzung am 20. Januar entschieden werden soll.

Es sollen insbesondere einige internationale Abkommen im Reichstag sofort erörtert werden, die zur Zeit dem Reichstage noch nicht vorliegen. Es ist aber auch damit zu rechnen, daß die Regierungserklärung

schon auf die erste Tagesordnung gesetzt wird. Auf Anfrage erklärte Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei, die Reichregierung sei bereit, vor dem Reichstage zu erscheinen und Erklärungen über ihr Programm abzugeben. Sie lege dann allerdings auch Wert darauf, daß im Anschluß daran eine Klärung der politischen Lage eintrete.

KPD fordert Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 5. Januar.

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses für Donnerstag, den 12. Januar, gefordert. In dieser Sitzung soll die Reichsregierung eine Erklärung über ihre Stellungnahme zu dem „räuberischen Ueberfall des japanischen Imperialismus auf China“ abgeben. Außerdem sollen Ostfragen behandelt, und schließlich soll Stellung genommen werden über Verletzung der Immunität des Mitgliedes des Auswärtigen Ausschusses John Schehr.

KPD-Demonstrationen ruhig verlaufen

Berlin, 4. Januar.

CNB. Die Kommunistische Partei Deutschlands veranstaltete heute abend mit Unterstützung des Kommunistischen Jugendverbandes und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im Lustgarten eine Massendemonstration, die erste nach der Aufhebung des Demonstrationsverbotes und des Burgfriedens in Berlin. Durch die Demonstrationszüge entstanden in den engen Straßen der Innenstadt empfindliche Verkehrsstörungen. Erst nach wirksamer Unterstützung der Verkehrsbeamten durch besondere Streifenpolizei gelang es, die Stockungen, die sich zum Teil katastrophal auswirkten, wieder zu beheben.

Der Anmarsch der kommunistischen Massen vollzog sich in vollkommener Ruhe.

Zwei neue Nazi-Mordtaten

In einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Vorstadt Gern bei München weigerte sich der Gärtnermeister und SA-Mann Joseph Mayr, ein alter Feldzugsoldat, einem noch sehr jugendlichen „Sturmführer“, die ihm nach hakenkreuzlerischem Kommet zukommende Ehrenbezeichnung durch Anstehen zu erweisen. Der junge Herr schlug Krach, und es kam zu einer Schlägerei, bei der Mayr von seinen eigenen Parteigenossen mit Biergläsern und abgebrochenen Biergläsern henkeln derartig bearbeitet wurde, daß er nunmehr an seinen Kopfverletzungen nach tagelänglichem schweren Leiden gestorben ist.

In dem braunschweigischen Ort Assfeld schoß der SA-Mann Willgeroth nach einem Streit seinen SA-Kameraden Bode in den Kopf. Bode war auf der Stelle tot. Der Erschossene war der

einzige Ernährer seiner Mutter. Bei dem Festgenommenen fand die Gendarmerie eine Reihe moderner Waffen und zahlreiche Munition. Er versuchte, Kommunisten der Tat zu bezichtigen, doch wurde er selbst des Kameradenmordes überführt.

Wieder ein Fememord?

Güstrow i. Meckl., 4. Januar.

WTB. Wie die Polizei mitteilt, wurde heute morgen in der Nebel am Mühlenstauwerk eine männliche Leiche aufgefunden. Dem Ansehen nach mußte sie bereits längere Zeit im Wasser gelegen haben. Nach den bei der Leiche gefundenen Ausweispapieren handelt es sich um den 34 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Westphal, der seit dem 10. November vermißt wurde. Er war Mitglied der NSDAP. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Nach dem Kriege brach Habsburg zusammen wie ein Kartenhaus, die Monarchie verschwand und der übrigbleibende Rumpf mit seiner fehlenden Rohstoffbasis, seiner in nur einzelnen Gebietsteilen konzentrierten Industrie, die von mittel- und großbäuerlichen Gegenden umgeben einen krassen Gegensatz zwischen Stadt und Land bewirkte, stellte ein Gebilde dar, dessen Lebensfähigkeit vom Tage seiner Geburt an sehr fraglich war. Ein Klassenkompromiß mußte geschlossen werden, sei es in der Form, daß man die Arbeiterschaft mittels Koalition an der Staatsführung beteiligte, sei es, indem die Bourgeoisie, sich auf die Bauernschaft sitzend, der Arbeiterschaft die Rolle der Opposition überließ — einer Opposition, deren Entschiedenheit von vornherein jene Schranken gezogen waren, die sich aus der resignierten Erkenntnis von der scheinbaren Unmöglichkeit revolutionären Handelns in einem verkrüppelten Staatsgebilde ergaben. Man ging zunächst den ersten Weg — Räteungarn und Rätebayern waren da, Zugeständnisse daher mehr denn je notwendig — Renner wurde Kanzler und Oesterreich bekam eine Verfassung, die als die freieste bürgerliche Verfassung der Weltgeschichte bezeichnet werden kann. Später schritt man zur Anwendung der zweiten Methode: die Bourgeoisie, vereinigt in der christlich-sozialen Partei, an der Macht im Staate — die Sozialdemokratie in der Opposition im Staate und

an der „Macht“ in Wien. Hier führte die SPOe eine musterhafte reformistische Politik durch, sich auf eine ausgezeichnete Organisation stützend und mit einem Agitationsapparat versehen, der die vorzüglichsten, echt revolutionären Reden und Aufsätze en masse produzierte. So hatte die SPOe weder einen Noske hervorgebracht, noch war sie von da an an Koalitionen beteiligt. Der spontane Aufstand der Wiener Arbeiter am 15. Juli 1927 drohte für die SPOe zu einer schweren Niederlage zu werden. Seitz und Bauer bemühten sich mit revolutionären Reden, die symbolischer Weise von einer Feuerspritze aus gehalten wurden, zur Ruhe aufzufordern. Als dann die Polizei in die Massen schoß, da holten sich, wie berichtet wird, Arbeiter Waffen aus Waffenläden, um dann — Welch unvergleichlicher Ausdruck austro-marxistischer Schulung! — die Gewehre im Angesicht der schießenden Polizei ... zu zerbrechen. Aber wenn auch nach dem 15. Juli der Einfluß der Sozialdemokratie im Heer, in der Polizei und der Sozialpolitik zurückging, war ihr Ansehen in der Arbeiterbewegung bald wieder hergestellt. Der 15. Juli schien bewiesen zu haben, wo die äußerste Grenze für das Auftreten der Arbeiterschaft liegt, über die sie nicht hinaus kann. Ebenso brach ein paar Jahre später der Heimwehrputsch der Konterrvolution zusammen. Die Austragung der Klassengegensätze stößt auf eine scheinbar unüberwindliche

Schranke, die die Durchsetzung des eigenen Prinzips hindert. Gegen den Willen der Arbeiterschaft und des größten Teiles der Bourgeoisie waren die bürgerlichen Heimwehren zu siegen nicht imstande. Die SPOe freilich war ihrerseits wieder nicht imstande, eine ernsthafte Verfolgung der Putschisten durchzusetzen. Die Stagnation ist der chronische Zustand des österreichischen Lebens und das Kompromiß seine höchste politische Weisheit. Das Linzer Programm von 1927 spiegelt diesen Zustand wider. Der proletarischen Klasse der Weltgeschichte, dem Offensivtariat, wird die Rolle des defensiven Nachwärtlers der Demokratie zugewiesen, die Dialektik der Revolution in eine sophistische Lehre von einerseits — andererseits verwandelt. So wie der Arbeiterklasse der anderen Länder die Rolle der Avantgarde zugeschrieben wird (Ellbogen äußerte sich mal dahin, die Oesterreicher würden sich gern dem Sowjetsystem anschließen, wenn es ihnen z. B. die Russen an der Spitze der Bajonette brächten!) — so wird auch im innerstaatlichen Kampf dem Klassenfeind zugerufen: Hannemann, geh du voran! ... Ich werde dann schon defensiv antworten. Die Reden der österreichischen Führer bestehen aus Anhäufungen der erstklassigsten marxistischen Worte, die Begriffe „Revolution“, „Diktatur“ usw. stehen hoch im Kurs — aber, da es sich um Begriffe handelt, deren Verwirklichung jenseits der eigenen

KPD-Gemeindepolitik

Nachdem eine Unmenge Porzellan zerschlagen — eine plötzliche Zurückschwenkung

Gruppen gewünscht wird, sind es völlig unverbindliche Redensarten. Man hört sie, und jeder kann sich soviel Schones dabei denken. Der Austromaxist ist ein Tyrann der — möglichst unblutigen, möglichst geregelten — Revolution. Aber das ist eine rein platonische Liebe — ebenso wie die passive und ganzlich unkritische, in ihrem Resultat daher auch der Sowjetunion ununterliebe nach der Revolution. Bauer selbst hat längst herausgefunden, daß das Bestehen der USSR abhing von der kommunistischen Weltpropaganda für seine eigenen sehr erträglich ist, und so hat er der Theorie vom Sozialismus in einem Lande sein Herz gewidmet. (Schluß folgt.)

„Blut und Boden“ Neues Nazi-Schlagwort zur Bauernverdummung

Der Oberstafel Hitler höchstselbst hat an einer Sitzung des agrarpolitischen Apparat der NSDAP teilgenommen und dabei über ein sogenanntes neues agrarpolitisches Programm einen tüchtiglichen Unsinns zusammengelesen. Statt auch nur eines klaren auf ökonomischer Grundlage beruhenden Gedankens sollen die Bauern mit Agitationsphrasen über „rassische Grundlagen“ usw. gefüttert werden. Das Ganze geht unter dem irreführenden Motto: „Blut und Boden“.

Aber — leider — es gibt heute keinen Unsinns, der nicht von einem Teil der in fürchterlicher Not lebenden Masse nachgebetet wird.

SPD beschwert sich

Der Vorstand der preussischen SPD-Landtagsfraktion beschäftigte sich in einer ausgedehnten Sitzung mit der unterschiedlichen Behandlung, die sozialdemokratische Beamte in der Personalpolitik der kommissarischen Regierung im Vergleich mit rechtsstehenden Beamten erfahren, vor allem neuerdings in der Schulverwaltung. An der Sitzung nahmen auch Ministerpräsident Braun, Minister Severing und vom Reichstag die Abgeordneten Löbe, Hilferding und Crispian teil. Es kam zum Ausdruck, daß die Beschwerden der Partei gegen die Entlassungen sozialdemokratischer Beamten noch an maßgebender Stelle zur Sprache gebracht werden sollen, zumal, da die Partei der Meinung sei, daß das Vorgehen gegen diese Beamten sachlich keine Grundlage habe. Man kann daher annehmen, daß Herr Braun bei seiner bevorstehenden Unterhaltung mit dem Reichskanzler vor allem auch auf die Personalpolitik der kommissarischen Regierung eingehen wird.

Auflösung der Staatspartei?

Berlin, 3. Januar.
Wie in politischen Kreisen verlautet, ist von verschiedenen Organisationen der Deutschen Staatspartei der Antrag gestellt worden, die Partei aufzulösen. Zur Erörterung dieser Anträge wird der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei nächsten Sonntag in Berlin zusammentreten.

Neue japanische Forderungen

Shanghai, 4. Januar.
WTB. Von zuverlässiger Seite wird erklärt, daß die chinesische Nationalregierung den Zwischenfall von Shanhaikwan zu lokalisieren wünsche. Die Lage werde jedoch dadurch erschwert, daß, dem Vernehmen nach, der japanische Kommandant, General Nakamura, an Tschanghsuehliang folgende drei Forderungen gerichtet habe: 1. Entschuldigung Tschanghsuehliangs und des chinesischen Kommandanten von Shanhaikwan, 2. Unterstellung des Bahnhofes von Shanhaikwan unter die Kontrolle der Mandschukuo, 3. Neuorganisation des Gebietes von Shanhaikwan. Von chinesischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Annahme dieser Forderungen den Mandschukuobehörden einen Eisenbahnpunkt innerhalb der großen Mauer ausliefern würde.

Peking, 5. Januar.
(Reuter.) Nach einer amtlichen Meldung haben die chinesischen Truppen Shanhaikwan mit der Eisenbahn verlassen. Sie ordnen sich gegenwärtig unter dem Schutz eines Panzerzuges in der Nähe von Tschinwangtau wieder. Japanische Panzerzüge befahren die Bahnlinie in der Richtung Tschinwangtau.
Der Oberbefehlshaber der britischen Seestreitkräfte in den chinesischen Gewässern, Admiral Sir Howard Kelly, hat den Kanonenbooten „Bridgewater“ und „Folkestone“ Anweisung gegeben, nach Tschinwangtau zu fahren, um dort die britischen Interessen zu schützen.

In Beantwortung der japanischen Note, die ihm die Verantwortlichkeit für alle Folgen des Zwischenfalls aufbürdet, macht Tschanghsuehliang die Japaner für alle Ereignisse verantwortlich und ersucht sie, von nun an alle ihre Mitteilungen an die chinesische Regierung zu richten.

Das ägyptische Kabinett zurückgetreten

Kairo, 5. Januar.
WTB. Das Kabinett ist gestern vormittag zurückgetreten. Man nimmt an, daß der Ministerpräsident die Regierungsbildung wieder übernehmen wird, wobei das Außenministerium, das Verkehrs- und das Justizministerium neu besetzt werden dürften.

Die als besonders ultralinken Linientreu bekannte KPD-Bezirksleitung Sachsen veröffentlicht — offensichtlich nach vorheriger Verständigung und im Auftrag der Zentral-Kommission der KPD — folgende Erklärung an der Spitze aller kommunistischen Zentren Sachsens:

Zu den Präsidentschaftswahlen in den neu gewählten Kommunalparlamenten erklärt die KPD:

Die Kommunisten werden, wo sie dazu in der Lage sind, verhindern, daß das Präsidium der Gemeindeparlamente in den sächsischen Arbeiterstädten und Arbeiterwohnortgemeinden von offenen Faschisten besetzt wird.

Sie werden gleichzeitig alles tun, um betrügerische Manöver der Sozialdemokratie zur Verschleierung ihres praktischen Zusammengehens mit der Bourgeoisie und der Kommunalbürokratie in allen entscheidenden Fragen der Kommunalpolitik zu zerschlagen und zu verhindern.

Die kommunistischen Fraktionen werden deshalb in den Gemeindeparlamenten mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit unter bestimmten Voraussetzungen, wenn in der Stichwahl die Entscheidung zwischen einem offenen Faschisten und einem Kandidaten der SPD steht, für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Für den ersten Wahlgang bei der Wahl jedes einzelnen Mitgliedes des Präsidiums werden die Kommunisten ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen und ihre Entscheidung zur Verhinderung der Wahl eines Faschisten in der Stichwahl treffen. Ueber das Vorliegen der Voraussetzungen entscheidet in jedem Falle die Bezirksleitung der KPD.

Ohne ausdrücklichen Beschluß der Bezirksleitung und ohne Abgabe einer politischen Erklärung, die der Bezirksleitung vorgelesen haben muß, darf keine kommunistische Fraktion ihre Stimme einem anderen als ihrem eigenen Kandidaten geben.

Diese Entscheidung gilt nur für Gemeindeparlamente mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit, in denen in der Stichwahl zwischen einem

offenen Faschisten und einem Sozialdemokraten zu entscheiden ist.

In allen Gemeindeparlamenten, in denen eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit nicht besteht, und in allen Gemeindeparlamenten, in denen nach dem ersten Wahlgang der Kandidat der kommunistischen Fraktion in die Stichwahl kommt, also auch in solchen Gemeindeparlamenten mit einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit, wo die kommunistische Fraktion stärker ist als die sozialdemokratische Fraktion,

stimmen die Kommunisten bei der Wahl aller Mitglieder des Präsidiums und in jedem Wahlgang für ihre eigenen Kandidaten.

Man könnte diese Schwenkung und jetzige Stellungnahme der KPD vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus begrüßen, wenn am Schluß der Erklärung nicht noch das Festhalten an einer ganzen Reihe ultralinken Fehler zum Ausdruck käme und vor allem, wenn damit nicht erneut ein Kapitel der KPD-Kommunalpolitik aufgerollt würde, die der ganzen Arbeiterschaft und nicht zuletzt der KPD unermesslichen Schaden zugefügt hat. Die Erklärung der sächsischen KPD-Bezirksleitung ist nämlich nichts anderes als ein neues Glied in der

langen Kette des fortgesetzten Hin- und Herschwankens

auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, wo eine stetige Linie mehr als irgendwo anders eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterschaft ist.

Bis 1924 war es in der KPD, trotz schärfster Gegnerschaft gegen die SPD, selbstverständlich, daß bei Besetzung von Kommunalfunktionen immer dann, wenn die Wahl zwischen einem bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter stand, die KPD-Abgeordneten für den Sozialdemokraten stimmten. Diese Taktik entsprach nicht einfach der These vom „kleineren Uebel“, sondern der ganz richtigen Erkenntnis, daß leider noch eine große Masse von Arbeitern in der SPD die wirkliche und beste Vertreterin der Arbeiterinteressen sah, und daß es demgegenüber die Aufgabe der KPD ist, an dem Versagen der SPD-Vertreter in der Kommune, durch Tatsachen zu beweisen, daß sie mit der SPD Schluß machen und auf den revolutionären Flügel, zur KPD, übertreten müssen.

Das Ende der „Atlantique“

Das brennende Schiff im Sinken — 18 Mann der Besatzung erstickt oder ertrunken

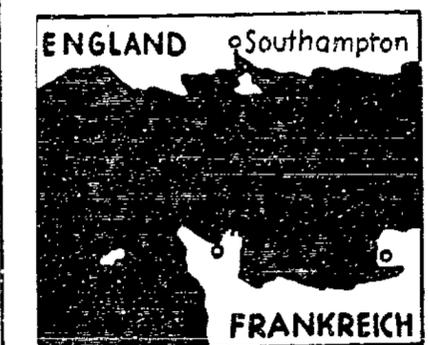
Wir brachten bereits gestern die Nachricht, daß Frankreichs zweitgrößtes Schiff, der Ozeandampfer „Atlantique“, auf der Höhe von Cherbourg in Brand geraten sei.

Paris, 4. Januar.
Der Brand auf dem französischen Ozeandampfer „Atlantique“ brach heute früh um 6 Uhr aus. An Bord des Schiffes, das sich auf dem Wege nach Le Havre befand, um dort ausgebessert zu werden, befanden sich 170 Mann Besatzung, von denen 86 durch das deutsche Motorschiff „Ruhr“ gerettet werden konnten.

Wie Havas aus Cherbourg meldet, war der brennende Dampfer um 13,30 Uhr von sämtlichen Mitgliedern der Besatzung geräumt. Der Teil der Besatzung, der sich nicht an Bord der „Ruhr“ befindet, ist auf dem holländischen Dampfer „Achilles“ untergebracht.

Das brennende Schiff liegt bereits 20 Grad nach Backbord geneigt. Man sieht von außen eine Flamme, doch kann man starke Rauchwolken aus dem Innern aufsteigen sehen. Die zu Löscheversuchen ausgelaufenen Schiffe urgeben den Dampfer, ohne bisher in Aktion treten zu können. Die „Atlantique“ befindet sich im Sinken.

Der Ueberseedampfer „Atlantique“, der den Dienst zwischen Bordeaux und Buenos Aires ersah, war der zweitgrößte der französischen Handelsflotte. Der Bau der „Atlantique“ war besonders kostspielig gewesen, da man sie mit allem nur denkbaren Komfort ausgestattet hatte. Die Vertreter der Ausbeuterklasse sollen sich im Innern des Luxus sehr wohlgeföhlt haben. Als besondere Neuerung galt ein 10 m breites und 150 m langes Promenadendeck auf dem sich Verkaufsstände der bekanntesten Pariser Modehäuser befanden.



Karte der Unglücksstelle (X).

Bericht vom Motorschiff „Ruhr“

Hamburg, 4. Januar.
Der Kapitän des Hapag-Motorschiffes „Ruhr“ hat der Direktion der Hapag telegraphiert, er habe in den Morgenstunden des Mittwochs den 4000 To. großen Dampfer „Atlantique“ brennend bei Dornsey angetroffen. Eine telegraphische Verbindung mit der „Atlantique“ sei nicht herzustellen gewesen. Motorschiff „Ruhr“ habe sofort auf die „Atlantique“ zu gehalten und, als es an der Unfallstelle ankam, sämtliche Rettungsboote ausgesetzt. Es sei gelungen, die im Dunkeln treibenden vollbesetzten Boote des französischen Dampfers zu bergen und die Schiffbrüchigen an Bord der „Ruhr“ zu nehmen. Es habe frischer Südwestwind, grobe See und hohe Dünung geherrscht. Insgesamt hätten von der „Ruhr“ 86 Mann gerettet werden können. Als in den Mittagsstunden keine Schiffbrüchigen mehr zu entdecken gewesen seien, habe Motorschiff „Ruhr“ als letztes Schiff die Reise nach Cherbourg fortgesetzt, um dort die Geretteten der „Atlantique“ zu landen.

Paris, 5. Januar.
WTB. Nach den amtlichen Listen befanden sich insgesamt 229 Mann (Offiziere und Mannschaften) an Bord der „Atlantique“. In Cherbourg sind bis gegen Mitternacht 211 Mann von verschiedenen ausländischen Dampfern abgesetzt worden, so daß als vermißt 18 Mann gelten. Man nimmt an, daß sie erstickt oder ertrunken sind. Von den Geretteten befinden sich 27 Verletzte im Hospital von Cherbourg. Die meisten Verletzungen sind leicht, nur zwei geben zu einiger Besorgnis Anlaß.

Der Minister für die Handelsmarine ist gestern abend in Cherbourg eingetroffen, um den Arbeiten der Untersuchungskommission beizuhelfen. Er erklärte, daß das Schiff verloren gegeben werde, man aber doch versuchen wolle, den Schiffsrumpf möglichst nach Cherbourg zu schleppen. Ueber die Ursache des Brandes werde man vielleicht niemals genauen Aufschluß erhalten. Der Minister unterhielt sich lange mit den Geretteten und zollte den heroischen Bemühungen der deutschen, holländischen und englischen Seeleute, die am Rettungswerk teilnahmen dankbare Anerkennung.

Wegen des Schiffsunglücks wird auch eine Interpellation im Parlament eingebracht werden.

Unter der Führung der ultralinken Ruth Fischer-Zentrale 1924/25 wurde die, bis dahin mit großem Erfolg und stetem Wachstum der KPD erwandte Taktik, geändert. Die KPD-Gemeindevertreter bekamen den Befehl, immer nur eigene Kandidaten aufzustellen und nur für diese in jedem Wahlgang zu stimmen, ganz gleich, ob dadurch sozialdemokratische Kandidaturen fallen und bürgerliche Vertreter gewählt werden. So wurde damals infolge der KPD-Taktik massenhaft sozialdemokratische Bürgermeister, Stadträte, Stadtverordneten-Vorsteher abgebaut und durch bürgerliche, meist deutsche nationale, ersetzt.

Dieser Kurs führte damals im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Wirtschaftskonjunktur zu einem schweren Zusammenbruch der KPD und zur Absägung der Ruth Fischer-Zentrale. Der Kurs wurde auch in der Kommunalpolitik wieder grundsätzlich auf die frühere Praxis revidiert, was wiederum einen Aufstieg des kommunistischen Einflusses in den Gemeinden zur Folge hatte.

1929 kam jedoch die neue ultralinken Schwenkung; die alte Ruth Fischer-Politik wurde wieder eingeführt, nur mit noch größerem Ungeschick, mit noch größerer Borniertheit. Unter der Losung: „Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind“, wurde allen kommunistischen Gemeindevertretern auf das Strengste untersagt, jemals und in irgendwelchem Zusammenhang für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen. Die Folge war, daß

mit indirekter Hilfe der KPD-Vertreter unzählige Faschisten als Bürgermeister, Magistrate und Stadtverordnetenvorsteher selbst in den Gemeinden, wo eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit bestand, gewählt wurden.

Hunderterte von guten kommunistischen Funktionären, die diese wohnsinnige Taktik nicht mitmachen, nicht vor den Arbeitern verantworten können, sind deshalb im Laufe der letzten Jahre aus der KPD ausgeschlossen worden. Noch vor wenigen Wochen wurde ein kommunistischer Landtagsabgeordneter in Elmshorn, der durch seine Stimmabgabe für einen sozialdemokratischen Kandidaten die Wahl eines Nationalsozialisten verhinderte, von der KPD-Führung öffentlich gerüffelt und gezwungen, in der Presse eine würdelose Erklärung abzugeben, worin er sich selbst als Opportunist kennzeichnen mußte.

Die jetzige Erklärung der KPD Sachsens zeigt, daß die KPD-Führung ihre geradezu verrückte Taktik nicht mehr länger aufrecht erhalten kann.

Das Beschämende für sie dabei ist, daß sie in Sachsen dazu durch ein sehr geschicktes Einheitsfrontmanöver der SPD gezwungen wurde. Die SPD hatte nämlich nach den dortigen Gemeindevahlen die KPD zu einem gemeinsamen Vorgehen bei Wahlen in allen den Gemeindeparlamenten, wo eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit besteht, aufgefordert. Zunächst hatte die KPD mit einer höhnischen Ablehnung geantwortet. Aber die darauf einsetzende Rebellion im Lager der kommunistischen Arbeiter ist offensichtlich so groß, daß sie jetzt einen schmählichen Rückzug antreten muß. Wie berichtet wird, ist die „neue“ Taktik zum erstenmal bei der Wahl eines

sozialdemokratischen Stadtverordneten-Vorstehers in Leipzig, der mit Hilfe der KPD-Stimmen gewählt wurde, durchgeführt worden.

Bei der inneren Struktur und der Apparatherrschaft der KPD ist leider nicht anzunehmen, daß die jetzige Schwenkung der Beginn einer dauernden Linie sein wird. Eine gradlinige und vernünftige Politik ist in einer Arbeiterpartei nur dann möglich, wenn die freie Kritik und die Entscheidung der Mitgliedschaft maßgebend ist.

Psychologische Konjunktur

CNB. Nach der von „I und II“ (Industrie- und Handelszeitung) zusammengestellten Uebersicht der Handelskammern und Wirtschaftsverbände über die wirtschaftliche Lage Deutschlands scheint die Stockung in der Wirtschaftsbelebung, die im November teilweise zu konstataren war, im vergangenen Monat wieder überwunden worden zu sein (!).

Die Berichte lassen keinen Zweifel daran, daß die Talsohle (!) von der das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Vierteljahresbericht spricht, überall erreicht worden ist, wenn auch

noch nirgendwo direkte Anzeichen voranden sind, die einen Konjunkturaufschwung zahlenmäßig erfassen lassen.

Immerhin ist hierfür der psychologische Untergrund (!) vorhanden. Psychologischer Untergrund der Wirtschaft! Das ist zum mindesten origineller Unsinn. Für jede Art wirtschaftlicher Beurteilung können selbstverständlich nur reale Tatsachen in Frage kommen. Die Tatsachen, die für einen Konjunkturaufschwung sprechen, fehlen aber vollkommen. So erweist sich die ganze Psychologie als ein neuer „Siberstreifen“-Hokuspokus zur Täuschung der breiten Volksmassen.

Weitere Jahresberichte

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau (S. A. K.)

Das Jahr 1932 ist auch für die sozialistische Erziehungsbewegung ein Jahr höchster Anforderung an politischer und organisatorischer Kraftentfaltung gewesen.

Im Jahre 1932 wurden 2732 Gruppenveranstaltungen, wie Arbeitsgemeinschaften, Lied-, Lichtbilder-, Tanz- und Bastelnachmittage, Abteilungsfeierstunden usw. gemacht, die von 28 152 Jungen und 22 521 Mädchen, zusammen von 50 676 Arbeiterkindern besucht wurden.

In dieser Zahl sind 220 Eintagswanderungen erhalten, an denen 2143 Jungen und 1512 Mädchen, zusammen 3655, beteiligt waren.

Ein wichtiges Arbeitsfeld ist die Gestaltung wirklicher sozialistischer Feiern. Wir erwähnen kurz eine Morgenfeier im Zentraltheater bei vollbesetztem Haus, die Zehnjahrestage des Bestehens der Arbeiterkinderfreunde im Thaliatheater, von 1200 Eltern und Kindern besucht, weiter die Mitgestaltung der Jugendwochen des Deutschen Freidenkerverbandes, die wichtige und für alle proletarischen Kinder eindrucksvolle, kampfprohe Maifeier, an der fast 2000 Kinder teilnahmen, die am Nachmittag in eigener Weise den 1. Mai feierten, die Besuchssonntage und Feiern in der Kinderrepublik Peisterwitz, die Revolutionsfeier in der Skola, die auch wieder ausverkauft war, die im Dezember zum ersten Male durchgeführten Filmvorstellungen für getrennte Altersstufen, für Eltern und Parteigenossen. Diese Vorstellungen hätten

„Wir müssen lernen — lernen — lernen!“

hat Lenin gesagt. Darum kommt alle zu dem Wochenendkurs:

„Der Weg des russischen Proletariats zur Macht Die Taktik der Bolschewiki.“

Referent Genosse Paul Frölich, Berlin. Sonnabend, den 7. Januar, 20 Uhr; Sonntag, den 8. Januar, 10 Uhr, im Heim Sonnenstraße 39, H.H.S. SJV, Breslau.

besser besucht sein können. Bei den Ortsgruppenfeiern hatten wir 12 500 Besucher zu verzeichnen.

Eine weitere, sehr wichtige Arbeit ist die Sommer- und Ferienarbeit, die wir in diesem Jahre zum ersten Male in größerem Maße leisteten. An diesen Wanderungen und Spieltagen konnten viele, nicht bei uns organisierte Arbeiterkinder freudvolle, im besten Sinne sonnige Stunden erleben.

Folgende Arbeit ist auf dem Gebiet zu verzeichnen:

- 1 Probeler bei Masselwitz, besucht von 224 Teilnehmern;
- die Kinderrepublik in Peisterwitz vom 2. bis 18 Juli hatte 122 Teilnehmer aufzuweisen, die insgesamt 2074 Ferientage verbrachten;
- 5 Ferienwanderungen wiesen 998 Teilnehmer = 998 Ferientage auf.
- in dem Heim Stabelwitz verbrachten 181 Falken = 1031 Ferientage.
- 2 öffentliche Spieltage im Herbst erfaßten 730 Teilnehmer = 730 Ferientage.
- Im ganzen also 2261 Kinder, die 4833 Ferientage erleben konnten.

Es ergibt sich somit die Arbeit von

2512 Gruppennachmittagen mit 26 009 Jungen	= 46 991 Teiln.
20 982 Mädchen	= 2 261 Teiln.
220 Eintagswanderungen mit 2143 Jungen	= 3 685 Teiln.
1542 Mädchen	= 12 500 Teiln.
11 Feiern und Filmvorstellungen	= 2 261 Teiln.
9 Ferienaufenthalte	= 65 437 Teiln.
2752	

Nicht einbezogen ist die Mitwirkung an der Maiter am Abend und der Einjahreife der SAP im Konzerthaus. Um die Unkosten für einen mehrtägigen Ferienaufenthalt der Falken auf das mindeste zu senken, führten wir zum ersten Male eine Naturalienspendensammlung bei Kleingärtnern und Siedlern durch, die einen sehr guten Erfolg hatte.

Helferschulung

Diese unermüdlliche, mit ganzer Liebe fürs Arbeiterkind geleistete Arbeit wird von einem im Verhältnis zur Arbeit stehenden sehr kleinen Helferkreis geleistet, der erfreulich von einem technischen Elternfunktionärkreis aktiv unterstützt wurde. Die notwendige Schulung wurde in 44 Helferzusammenkünften, die durchschnittlich von 35 Helfern besucht waren, erarbeitet. Es fand außerdem statt ein Schulungskursus mit August Siemens im Anfang des Jahres, ein Kursus über sozialpädagogische Aufgaben der Kinderrepublik sowie ein Kursus unter Leitung von Willi über Papparbeiten und Basteltechnik.

Zur Durchführung dieser Aufgaben waren ein enger Vorstand, ein erweiterte Vorstand und zwei Kassierersitzungen nötig.

Ein Falkenparlament, das aus aktiven Funktionären der Jung- und Rotfalken besteht, kam vierzehntägig im ganzen 23 mal, zusammen, um die Bewegung durch Selbstverwaltung in ihrer Kraft und Disziplinierung vorwärts zu treiben.

Heimverhältnisse

Durch Staatsfeindlichkeitserklärung unserer Bewegung im Monat Juni wollte man die Bewegung schwer hemmen. Das veranlaßte uns, in viel stärkerem Maße Eigenheime zu schaffen, da uns die Schulräume entzogen wurden. Gegenwärtig haben wir sechs Eigenheime, zu zwei Heimen leisten wir eine beträchtliche Unterstützung. Welche Opferfreudigkeit bei der Errichtung der Heime von Elternmitgliedern und Genossen gezeigt wurde, läßt sich nicht beschreiben, auch die Spende-freudigkeit der Genossen an Einrichtungsgegenständen war gut.

Abteilung Zimpel ist leider noch auf Schulräume angewiesen.

Organisatorisches

Es gelang der Ortsgruppe durch die Aktivität der Abteilungen wesentliches Spiel-, Bastel- und Zeltmaterial und auch die Abteilungsbibliotheken zu ergänzen.

Im Herbst gelang es uns, zu günstigen Bedingungen einen Lichtbildapparat anzuschaffen. Die Zusammenarbeit mit befreundeten Organi-

sationen war sehr gut, besonders mit der Soz. Arbeiter-Partei und dem Soz. Jugendverband. Beim SJV war besonders anzuerkennen, daß er der Jugendarbeit in pädagogischer und politischer Beziehung mehr Beachtung schenkt.

Durch die Erziehungsberatung ist die Zusammenarbeit mit der SAH enger geworden.

Für die Förderung unserer Arbeit durch Veröffentlichung von Artikeln und Wochenplänen in der „SAZ“ sagen wir der Redaktion der „SAZ“ den herzlichsten Dank. Wir danken auch allen Helfern, Funktionären Eltern und Parteigenossen, die durch Solidarität und Hilfsbereitschaft finanziell oder moralisch zur Arbeitssteigerung beigetragen haben. Wir besitzen 35 Gruppen mit 622 Falken, 503 Elternmitgliedern, 52 Helfern, zusammen 1177 Mitglieder.

Elternarbeit

Regelmäßig sind Elternversammlungen der Abteilungen (73) durchgeführt worden, dazu kommen drei Ortsgruppen-Mitgliederversammlungen, die die Eltern mit den verschiedensten Problemen sozialistischer Erziehung vertraut machte.

Der SJV im Jahre 1932

Jahresbericht der Ortsgruppe Breslau

Der Sozialistische Jugendverband hatte am Anfang des Jahres 405 Mitglieder; von dem im Beginn des Jahres vorhandenen Steigerung der Aktivität der gesamten Arbeiterklasse konnte der Jugendverband infolge ideologischer Unklarheit noch nicht profitieren. Die Reichskonferenz des SJV, die die Prinzipienklärung brachte, gab uns eine klare Marschroute. Nach den Preußenwahlen stieg das allgemeine politische Interesse und die politische Aktivität.

In dem Streik der jugendlichen Zwangs-kursarbeiter hatte der SJV die Führung. Die Streikbewegung schloß dann hauptsächlich infolge mangelnden Interesses der maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen ein.

Bei den vielen Wahlen des Jahres 1932 wurde der SJV stark für die Wahlarbeit der Partei eingesetzt. Durch die parlamentarischen Mißerfolge, die die SAP erlitt, wurde die aufsteigende Mitgliederbewegung und -aktivität in starkem Maße gehemmt.

Der SJV arbeitet selbstständig und auch im Rahmen der „AG d. prol. Jugend“ in den Arbeitermassenorganisationen. Er besitzt wesentlichen Einfluß bei der Sportlerjugend und eine Anzahl wichtiger Positionen in der PGL.

Zur Schulung der Funktionäre und Schaffung eines Referentenstabes für Jugend und Partei führt der SJV eine Referentenschule durch. Der Kampf der anderen politischen Jugendorganisationen gegen den SJV hat diesen so gut wie keinen Abbruch getan.

Die enge politische Kampfgemeinschaft des SJV mit der Partei findet ihren Ausdruck in der überaus starken inneren und äußeren Anteilnahme an der politischen Tätigkeit, an dem Kampfe der SAP.

Jahresbericht der Erwerbslosen-Beratung der SAP

Im vergangenen Jahre wurde die Erwerbslosenberatung recht regen in Anspruch genommen. Sie leistete für die Erwerbslosen gute Dienste.

Insgesamt wurden geleistet: 1169 Beratungen, davon 682 schriftliche Anträge, nach auswärtig 13 schriftliche Beratungen, 18 Vertretungen beim Spruchschuß, sowie diverse Auskünfte für Hauszinssteuer- und Mietsangelegenheiten.

An der Aussprache beteiligten sich eine Genossin und neun Genossen. Fast alle Diskussionsredner wiesen treffend nach, daß an dem fast völligen Zusammenbruch des Vereins die falsche Personalpolitik und Expansionsbestrebungen des Vorstandes und der Verwaltung die Schuld trage.

Illiquide Sparpolitik wäre am Platz gewesen. Vetterwirtschaft und Pumpsystem müssen endlich aufhören. „Fröhe Feiertage“ sind kapitalistische Methoden und haben aus einer Genossenschaft zu ver-schwenden. Der Ausverkauf im Kaufhaus hat die Käufer wegen überhöhter Preise noch unzufriedener gemacht. Der Warenmangel muß bald behoben werden. Bei der Freiheit-zige rette scheint dies allerdings nicht der Fall zu sein.

Im Schlusssatz erklärte Pehla, daß der Warenmangel erst nach dem Vergleichsabschluß behoben sein wird. (Damit ist aber der Ueberfluß bei der Freiheitzige un-verständlich, oder sollte ...?) Grundsatz aber bleibt: „mehr kaufen“. Treuhänder Voigt gab zu, daß an der Bilanz Schönheitsfehler und Unterlassungsstunden vorhanden wären. (Na isol) Die „Fröhe Feiertage“ dienen zur Belohnung der Mitglieder und des Einkaufs.

Als Schlusfolgerung der Tagung muß festgestellt werden, daß man alle Schuld, wie immer, der Masse aufhalsen will. Wenn aber die leitenden Instanzen mit staats-erhaltenden wirtschaftlichen Maßnahmen jedes-mal stillschweigend einverstanden sind und bei jedem Lohn- und Unterstützungsraub Ruhe und Besonnenheit predigen, dann werden in kürzester Zeit auch die Genossenschaften vom Kapitalismus aufgefressen sein. Hier hilft nur Gemeinwirtschaft nicht auf evolutionärer, sondern revolutionärer Grundlage. Daß das eintritt, dafür müssen alle Genossenschaftler konsequent kämpfen.

Versammlungsleiter Tockus schloß die Tagung mit dem „Freiheits-Gruß“. Ein „Kampfbereit“ war die Gegenlösung.

Explosion einer Kinderdampfmaschine

Waldenburg, 5. Januar.

In der Siedlung Sandberg explodierte eine kleine Dampfmaschine, mit der die Kinder des Kriegsinvaliden Dose spielten. Wahrscheinlich war sie überhitzt worden und das Sicherheitsventil nicht in Ordnung. Die Maschine wurde völlig auseinandergerissen. Die Kinder blieben unverletzt, während ihr Vater erhebliche Verletzungen an einem Auge davontrug. Es ist jedoch zu hoffen, daß ihm die Schikraft des Auges erhalten werden kann.

Im Dienste der Ausbeuter!

Nazi-Zeitung gegen Streik
Die Presse, sei es die bürgerliche, sei es die revolutionäre, proletarische, seien es nun die Rechts-, Zentrums-, demokratischen oder Arbeiterzeitungen, ist oft auf ganz bestimmte Meldungen, aus bestimmter Quelle angewiesen. So behaltet sich gerade sehr oft die proletarische Presse in der Zwangslage, bürgerliche Meldungen, seien sie amtlich, seien sie halbamtlich, benutzen zu müssen.

Nun, man kann in seine Stellungnahme zu der jeweiligen Meldung, oder zu dem Vorfall, von dem die Meldung erzählt, in der Ueberschrift oder in einem Kommentar beziehen.

So war es interessant zu beobachten, wie die amtliche Meldung von dem „Ueberfall“ auf den Mannspolier und Streikbrecher, der auf seiner Arbeitsstätte in der Spinnerei in Stabelwitz Streikbrecherarbeit machte, von den einzelnen Breslauer Zeitungen ausgelegt wurde.

Die „Nationalsozialistische Tageszeitung“ bringt die Nachricht unter der Ueberschrift

„Schwerer Ueberfall auf einen Arbeits-willigen“.

Besser konnte die Nazizeitung ihr Gesicht als Lakai des Unternehmers- und Ausbeuters nicht enthalten, die sich damit eindeutig gegen den Streik ausspricht.

Wenn Proleten sich gegen die schamlosen Lohnabbau, der sie immer mehr und mehr auf das Lebensniveau des chinesischen und japanischen Kulis drängt, zu der Waffe des Streikes gegen diesen Lohnraub greifen, wenn sie dann in gerechter Empörung einem Vertreter an der Arbeiterklasse, einem Streikbrecher, einen Dankzettel verabfolgen (gewiß läßt sich über die Art und die Methoden eines solchen Dankzettels streiten, das soll aber hier nicht zur Debatte stehen), dann stellt sich die Nazizeitung die doch angeblich die Vertreterin der Arbeiterschaft sein will, auf die Seite des kapitalistischen Unternehmers und Lohnhäubers.

Hier haben wir wieder einen typischen Fall, der auf allen Stempelstellen und in allen Betrieben mit den Naziarbeitern, die der demagogischen und läugerischen Ideologie der hitlerfälschlichen Phrasen verfallen sind, diskutiert werden muß. SAP-Genossen, hier könnt ihr Kleinarbeit leisten.

Sparen, sparen!

Wie alljährlich, ist auch in diesem Jahre bei den Breslauer Justizbehörden die Geschäftseinteilung neu geregelt worden. Und zwar unter dem Gesichtspunkt von nicht unbeträchtlichen Sparmaßnahmen, die man mit dem angeblichen Rückgang z. B. der Zahl der Strafsachen zu motivieren versucht.

(Sollte die Zahl der Strafsachen tatsächlich so stark zurückgegangen sein, wo doch durch die Wirtschaftskrise und durch das Wirtschafts-elend die Zahl der Kriminalfälle ständig im Steigen begriffen ist?)

Eingespart werden eine Zivil- und zwei Strafkammern. Künftig besteht das Breslauer Landgericht aus elf (anstatt zwölf) Zivilkammern und sieben (anstatt neun) Strafkammern, zu denen noch drei Kammern für Handelsachen treten.

Das bedeutet also, daß auf die einzelnen Strafkammern mehr Fälle als bisher entfallen werden. Das bedeutet, daß das Klassengesicht des Strafgerichts noch schlechter zutage treten wird, wenn die einzelnen Richter für den jeweils einzelnen Fall ein geringeres Maß von Zeit aufwenden werden können.

Inwiefern man sich die „Rechts“-pflege als Konjunkturspiegel für die krisenschnittierte kapitalistische Wirtschaft ansehen kann, zeigt die Zunahme der Mietsstreitigkeiten und das gewaltige Anwachsen derjenigen Rechtsstreite, die sich aus Abzahlungsgeschäften ergeben, die so gewaltig ist, daß man ein Sonder-dekret für die Rechtsstreitigkeiten, die aus Abzahlungsgeschäften entstanden sind, am hiesigen Landgericht eingerichtet hat.

Mietsstreitigkeiten? Die Fälle aber, bei denen die Aermtsten der Armen, die von ihren pau: Wohlhabtensgrochen nicht mehr die Wohnung bezahlen können, die nicht den Weg des Gerichts gegen die klassenbedingten Ungerechtigkeiten des Hauswirts gehen können, einfach mit Polizeigewalt exmittiert werden — diese Fälle sind nicht gezählt.

Proleten-Vorschau

Vom Proleten wird uns geschrieben: Viele werden bereits die Oper „Die verkaufte Braut“ von der Sprechbühne her kennen; viele jedoch, die das Geld für eine Opern-aufführung heute nicht mehr besitzen, werden den neuen Tonfilm „Die verkaufte Braut“ gern sehen und hören. Eine solch erstrangige Be-setzung, wie sie bei diesem Film der Fall ist, kann sich heut keine Bühne leisten.

Der zweite Film des Programms ist die scharmante Wiener Operette von Franz Lehár: „Es war einmal ein Walzer“. Wien, der Heurige mit einer Fülle von reizenden Episoden, vermischt mit einschmei-chelnden Melodien, entführt den Besucher in ein Märchenland sonniger Fröhlichkeit. Das Kino ist oft die moderne Märchenstube.

Wer einige Stunden bei froher Unterhaltung verleben will, dem kann das Pro-gramm nur empfohlen werden. Sonntag nach-mittag ist wiederum um 13 Uhr die beliebte Familienvorstellung „Als Programm wird „Die verkaufte Braut“ zu Preisen von 20 bis 30 Pfg. für Kinder und Erwachsene gezeigt.

Werbt Abonnenten

Kleine Kriminalchronik

Beuthen, 4. Januar

Hier drang nachts ein Einbrecher auf Hilfe von Nachschlüssel in die Wohnung der Witwe Lange ein. Er verschloß der Frau die er im Bett schlafend fand mit einem Schraubenschlüssel mehrere Schläge über den Kopf und verletzte sie erheblich. Als auf die Hilfe der Heberfallenen Nachbarn herbeieilen, flüchtete der Einbrecher durch ein Fenster. Er konnte nicht mehr ergriffen werden.

Hirschberg, 4. Januar.

In die Wohnung des Buchhalters Schreiber in Schmiedeberg drang nachmittags ein Mann ein, der eine Maske vor dem Gesicht trug. Er forderte von der allein anwesenden Frau unter Drohungen die Herausgabe eines in einer Familienrechtsangelegenheit wichtigen Papiers. Er erlitt dann den Schraubenschlüssel und andere Schläge. Der Täter verschwand später eilig, ohne das Papier gefunden zu haben.

Gleiwitz, 4. Januar

In der Nacht zum Dienstag gegen 24 Uhr wurde am Klodnitz-Kanal der Müller Karl Spallek, der sich in Begleitung der Naherbin Sophie Lanik befand, von dem 18jährigen Entdeckerlehrling Georg Japlok aus Gleiwitz durch einen Lungenstich lebensgefährlich verletzt. Der Täter wurde noch in der Nacht von der Kriminalpolizei festgenommen. Er gab an, von der Lanik angeheult worden zu sein, die ihn noch aufgefordert habe, den Verwundeten in den Kanal zu werfen. Auf Veranlassung der Lanik habe er den Dolch in den Kanal geworfen. Die Lanik gab bei ihrer polizeilichen Vernehmung zu, Japlok aufgefordert zu haben, Spallek zu beschützen, da er sie verfolgt habe. Sie wurde darauf ebenfalls verhaftet. Der Dolch wurde am Mittwoch vormittag von der Feuerwehr im Kanal gefunden. Spallek befindet sich im Krankenhaus.

Lichtstreik in Beuthen O-S

Beuthen, 4. Januar.

Wolff meldet: Die Hauptgeschäftsstraßen von Beuthen sind seit Dienstag abend in Dunkel gehüllt, da die sonst übliche Schaufensterbeleuchtung von den Geschäftsleuten zum Protest gegen die Höhe der Strompreise nicht eingeschaltet wurde. Die Aktion geht auf private Initiative verschiedener Geschäftsleute zurück; eine Organisation steht nicht dahinter.

Proleten, wenn es dem Bürgertum notwendig für seine Ziele erscheint, dann benutzt es auch Waffen, die sonst nur beim Proletariat üblich sind. Proleten, lernt hieraus.

Ein Jahr Gefängnis wegen eines Kaninchens

Glatz, 3. Januar.

Der Arbeiter E. und der Holzschläger G. aus Mühlbach, Kreis Habelschwerdt, hatten im September v. J. in Alt-Mohrau zwei Kaninchen gestohlen. E. hatte das von ihm gestohlene Tier verkauft, während G. das „seinige“ geschlachtet und verzehrt hatte. E., der verurteilt ist, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, während das Verfahren gegen G. auf Grund der Amnesie eingestellt wurde, da das Gericht Not als erwiesen ansah. Das Gericht empfahl dem verurteilten E. jedoch, ein Gnadenersuchen einzureichen.

STADTTHEATER

Donnerstag, 19.30—gegen 23

Tango um Mitternacht

Freitag, 19.30—gegen 23

Tango um Mitternacht

Sonnabend, 19.30—gegen 23

Die Fledermaus

Genossen

Beachtet

unsere

Inserate!

LOBETHEATER

Täglich, 20.15—22.30

Die Töchter der Exzellenz

Sonnabend, 20.15

Kind im Schatten

v. Leonhard Wegner

GERHART-HAUPTMANN

THEATER

Täglich, 20.15—22.10

Auslandreise

Sonntag, 13.30—17.30

Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

Der Fall Cohn

Entscheidung soll in Breslau fallen

Der amtliche preussische Pressedienst gibt über die Verhandlungen, die gestern vonmorgen im preussischen Kultusministerium in Berlin stattfanden, folgenden nichtssagenden Bericht:

„In der Angelegenheit des Breslauer Professors Dr. Cohn fand am Mittwoch im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Besprechung des Reichskommissars, Prof. D. Dr. Kaeher, mit dem Rektor der Universität Breslau, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Brockelmann, dem Prorektor, Prof. Dr. Poschmann, und dem geschäftsführenden Dekan der zuständigen Fakultät, Prof. Dr. h. c. A. Fischer, unter Zuziehung der beteiligten Herren des Ministeriums statt. Es wurde dabei festgestellt, daß der Senat der Universität Breslau nicht die Absicht gehabt habe, mit seinem Beschluß vom 23. Dezember in die Befugnisse des Ministeriums einzugreifen; vielmehr habe er damit nur zum Ausdruck bringen wollen, daß durch das Hervortreten des Professors Dr. Cohn in der Frage des Asylrechtes für Trotzki die Lage sich so verschärft hätte, daß der Senat den weiteren Schutz für die Person des Professors Cohn, sowie für die Ruhe und Ordnung in der Universität Breslau nicht mehr gewährleisten zu können glaube. Es ist in Aussicht genommen, daß der weitere Senat sich demnächst in einer Sitzung seinerseits mit der Angelegenheit befaßt.“

Wahrlich Pfaffenweiber kann man einen amtlichen Bericht nicht abfassen. Man versucht, durch „echt parlamentarische“ und „diplomatische“ Schliche die Blamage, der nun ein für allemal der Senat der Breslauer Universität verfallen, zu veruschten.

Nach Berliner Zeitungsmeldungen wird bekannt — im amtlichen Pressedienst nicht darüber natürlich nichts dran — daß das Kultusministerium über den amnazierten vorläufigen Schluß des hiesigen Senats, der gewissermaßen Beschlüssen des Kultusministeriums vorgeht oder, besser gesagt, Anlaß zu Kompetenzstreitigkeiten gab, wer nun eigentlich Cohn maßregeln dürfe, mehr als unbehilflich gewesen sei.

Der Herr Minister schmolle, und die Herren vom Senat beäugeln sich, nachdem sie nach Berlin geeilt waren, den Herrn Minister zu beschwichtigen.

Und da das Ministerium, wie privat verlautet, sachlich in nationaler Abneigung gegen den hiesigen Cohn auf dem Boden des hiesigen Senats steht, wurde dieser Konflikt beigelegt.

Man begann juristisch am Fall herumzudenken und fand dann auch bald den Dreh, weder „ja“ noch „nein“ zu sagen und die Angelegenheit bis auf weiteres zu verschieben.

Rektor und der große Senat der Universität Breslau werden demnächst wieder einmal zu einer Beratung zusammenzutreten müssen. Was werden sie tun? Nun, sie werden sich wahrscheinlich bemühen, den Herrn Cohn auf „privatem“ Wege zu veranlassen, einen längeren Urlaub anzufordern. Ähnlich hat man ja auch den Fall des Professor Dehn in Halle aus der Welt geschafft.

Irgendwie wird man den „Juden“ und „vermeintlichen Marxisten“ schon zur Strecke bringen.

Oder sollte man sich ernsthaft dem Terror der intellektuellen Nazibanden widersetzen wollen? Wohl kaum? Die Angst des hiesigen Senats vor dem Druck der Straße ist viel zu groß. Denn nur durch diese schlotternde Angst läßt sich erklären, wie man zu der Auffassung kommen kann, „daß durch Hervortreten des Prof. Cohn in der Frage des Asylrechtes für Trotzki die Lage sich so verschärft habe ...“

Aus aller Welt

Benzintank brennt

London, 4. Januar.

WTB. In den Anlagen der Shell Mex Company in Emsmore Port am Mersey bei Liverpool entzündete sich am Mittwoch einer der dort befindlichen großen Benzintanks, der ca. 38000 Liter faßt. Die Stichflammen erreichten eine Höhe von 30 Metern. Das ganze Gebiet war in dichte Rauchschwaden gehüllt. Die Wehren mußten viele Stunden arbeiten, ehe ein Uebergreifen des Brandes auf die benachbarten 36 Tanks als ausgeschlossen gelten konnte. Das Feuer im Tank dauert an.

Kloster brennt nieder

Amsterdam, 4. Januar.

WTB. Durch ein Großfeuer wurde gestern abend in der Stadt Zwolle das dort gelegene Dominikanerkloster, ein umfangreiches Gebäude, das im Jahre 1900 in gotischem Stile erbaut worden ist, so gut wie völlig zerstört. Hierbei wurden auch die kostbare Bibliothek, das Archiv des Dominikanerordens und zahlreiche kostbare Gemälde ein Raub der Flammen. In der Bibliothek befanden sich mehrere jahrhundertalte Handschriften, für die es keinen Ersatz mehr gibt.

Straßenbahnunglück in Budapest

Budapest, 4. Januar.

WTB. Ein Straßenbahnwagen sprang heute in einer scharfen Kurve am Stadtwald aus den Schienen, fuhr gegen einen Mast der elektrischen Oberleitung und stürzte um. Drei Personen, darunter der Führer des Wagens, wurden schwer verletzt. Einer der Schwerverletzten

starb im Krankenhaus. Das Unglück soll durch Vereisung der Schienen verursacht worden sein.

Hauseinsturz in Kairo

Kairo, 4. Januar.

WTB. Im Eingeborenenviertel von Kairo stürzte ein zweistöckiges Haus ein. Vier Personen wurden getötet, fünf schwer verletzt. Sie waren im Schlaf von dem Unglück überrascht worden.

Eine Familie bei einem Brande ums Leben gekommen

Cincinnati, 3. Januar.

In der kleinen Stadt Shelby brach in der Nacht zum Dienstag in einem Wohnhaus Feuer aus. Eine Mutter und ihre fünf Kinder fanden den Feuertod. Der Vater wurde zwar gerettet, hat aber so lebensgefährliche Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Eisenbahnunglück bei Lyon

Paris, 5. Januar.

WTB. Bei Lyon stieß gestern ein Personenzug mit einer Rangierlokomotive zusammen. 40 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Das höchste Gebäude der Welt

Madrid, 4. Januar.

Die spanische Hauptstadt soll das höchste Gebäude der Welt erhalten. Mehrere größere Verbände haben sich bereits zusammengeschlossen, um Madrid ein würdiges Wahr-

zeichen zu geben. Verschiedene Architekten haben in der letzten Zeit Vorschläge eingebracht, von denen das Projekt eines jungen Bauentwerfers die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat. Dieser Plan sieht den Bau einer gewaltigen Ausstellungshalle vor, die das Fundament eines 400 Meter hohen Turmes bilden soll.

Dieses riesige Bauwerk würde den Eiffelturm um 100 Meter überragen und selbst die neuesten amerikanischen Wolkenkratzer, besonders das Empire-State-Gebäude in New York, an Höhe in den Schatten stellen.

Die Kosten des Monumentes sollen Anfang des Jahres durch eine allgemeine Sammlung in ganz Spanien aufgebracht werden.

Ein Großfürst macht sich lächerlich

Paris, 4. Januar.

Hier wird ein Aufruf veröffentlicht, den Großfürst Zyrill, der Chef des ehemaligen russischen Kaiserhauses, an die Rote Armee richtet. Der Großfürst appelliert an das Nationalgefühl der russischen Soldaten, dem kommunistischen Regime ein Ende zu setzen.

Zwei Schwerverletzte bei einem Autounfall

Groß-Strehlitz, 3. Januar.

Bei Groß-Strehlitz kam ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen der Oberschlesischen Elektrizitätswerke in Gleiwitz infolge des Glätteises ins Schleudern und riß zwei Bäume und einen Kilometerstein um. Das Auto überschlug sich und stürzte in den Graben. Der Chauffeur und die Gattin des Direktors Pilger-Gleiwitz wurden schwer verletzt während die anderen Insassen mit leichten Schnitt- und Quetschungen davonkamen. Die Schwerverletzten wurden ins Gleiwitzer Krankenhaus gebracht. Der Wagen ist völlig zerkümmert worden.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

ISJ Sekretariat: Gartenstraße 21. III Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstags von 18—20 Uhr

Monistische Jugend. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße. Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Es referiert Genosse Werner Talheim in einer tagesspolitischen Rundschau. Alle Genossen vom Heim 1 beteiligen sich mit dem Abend. Gäste willkommen. Agitproptruppe. Achtung! Heut, 19.30 Uhr, wichtige Probe im Heim Grünstraße. Alle erscheinen.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Metallarbeiter! Die Kinokarten, die am Montag, den 3., und Dienstag, den 4. Januar, aus gegeben worden sind, haben nur am Donnerstag, den 12. Januar, zur ersten Nachmittagsvorstellung Gültigkeit.

Wohin?

Breslauer Volksbühne e. V. Der 1. Heitere Vortragsabend von Manfred Inger, der im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne am Mittwoch, den 11. d. Mts., stattfinden wird, ist bereits ausverkauft. Es ist deswegen eine Wiederholung des Abends für Donnerstag, den 12. Januar, angesetzt, ebenfalls im Schiedmayer-Saal. Eintrittskarten zum Einheitspreis von 50 Pfg. für Mitglieder in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Schiedmayer-Str. 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 1 Mk. auch bei Hainauer.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserat: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Wo decke ich meinen Bedarf?

OSTEN

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 133

Erich Freitag Edeka-Geschäft • Kolonialwaren Spirituosen • Weine • Zigaretten • 3%

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 1. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“

Joh. Hammerling Grünstraße 15, Ecke Palmstr.

Edeka-Geschäft Kolonialwaren Weine Spirituosen

Bruno Sarembe Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen Vorwerkstraße 75, Ecke Löschstraße

PAUL RUDOLPH Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße Edeka-Laden Kolonialwaren Weine Spirituosen

Josef Thomas Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2 Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Feinkost

SUD U. SUDWEST

Kolonialwaren — Spirituosen Edeka-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 20.

Hugo Rinner, Optiz-Str. 25 Ecke Yorkstraße Kolonialwaren, Spirituosen Edeka-Geschäft!

R. & E. Horvay Hauptged. Holzengrabenstr. 59 Filiale Grauscherstr. 25 Edeka-Betrieb Kolonialwaren 0% Rabatt auf sämtlichen Waren 0%

Erich Langner Kohlenhandlung Augustastraße 25 • Fernsprecher 651 66

NORDEN

billigst bei Leder K. Becker Gnelaenstraße 5

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Elison Matthiasstraße 161/163

Wilhelm Kupczyk Schießwenderstraße 31 Kolonialwaren Lebensmittel

ff. Fleisch- u. Wurstwaren nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

Hörsing als Polen-Schlächter im Jahre 1919

Eine nützliche Erinnerung

Als nach Friedensschluß bekannt wurde, daß Oberschlesien abzugeben sollte, ob es deutsch bleiben oder polnisch werden sollte, schloß ich mich als Oberschlesier der deutschen Bewegung an, da ich in der jungen deutschen Republik den Hort der Freiheit sah, während ich Polen als das Land des Zwanges und der Unfreiheit betrachtete. Sehr bald aber zog ich mich zurück, als ich sah, daß Adel und Reaktion die Abstimmungsaktion in die Hand nahmen und uns ober-schlesische „Pachulken“ nur als Stimmvieh für sie betrachteten. Hinzu kam das skandalöse Verhalten Hörsings, des damaligen Staatskommissars für Oberschlesien. Alles dies hätte ich beinahe vergessen! Da fiel mir das Buch „Ostwind, Roman der ober-schlesischen Katastrophe“ von August Scholtis in die Hand. Und da finde ich auf Seite 238 folgendes Kapitel:

Sozialdemokratie:

Trockenbrot begab sich unverzüglich zum Polizeipräsidenten:
„Ich fordere Schutz für meine lebenswichtigen Betriebe.“

In damaligen Tagen regierte im Dorf Sackowitz, in den Städten Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg in den ländlichen Bezirken und in den Banawäldern Herr Hörsing. Herr Hörsing schützte Herrn Trockenbrot gegen das Volk. —

Deutschland, aus den Unverantwortlichkeiten einer Aera herausgeworfen, brodelte in allen Winkeln, und die Gesichter des Fernemörders als auch des Fernegemordeten trugen als Einheitszeichen:

Das Zeichen des Hungers!
Verwüftung über das Geschick der Familien. Der Mütter Verzweiflung am eigenen Verstand... plünderten die Läden, die Arsenalen Trockenbrots, in denen man Brot und Fett wählte.

Die Männer aus Sackowitz und auch von anderswo sprachen, was in besonders nahe lag, ihre wasserpolnische Umgangssprache, die sie ja stets und ständig gesprochen, im deutschen Schützengraben vor Verdun, an der Somme oder im Bauch eines Kriegsschiffes, ohne daß man sie nicht für unwürdig erachtet hätte, um Deutschland den Tod zu erlösen.

Herr Hörsing aber, darauf bedacht, die Fänge der neuen Republik auf das Mindestmaß zu reduzieren, ihre Anzahl optisch ins Minimele abzuspiegeln, machte aus ihnen Polen. Polen, die sich an der Staatssouveränität vergriffen... Polen, denen der Garzug gemacht werden mußte, mit tödlichen Bleigeschossen reaktionärer Freischaren.

In jenen Tagen, da wir es nötig hatten, das Geschenk Lloyd Georges zu hüten, nämlich die im Friedensvertrag eingeflochtene Volksabstimmung, anstatt der bedingungslosen Abtretung was bedeutete, daß Oberschlesien eventuell noch zu retten wäre, bei Umsicht und Vorsicht, bog Herr Hörsing den Kardinalfehler, der alle Gipfel-punkte jahrzehntelanger junkerlicher Dummheit übertrumpfte. Er wählte wie ein Elefant im Porzellanladen und ritt republikanische Attacken gegen verhungerte Menschen, weil es ja bloß Polen waren...

Polen...
Kommunisten kann man unter dem Vorwand, daß sie Polen seien, moralischer umbringen.

Aus dem Dorfe Sackowitz nun, aus den im Umkreis brütenden Grubennestern, rotteten

sich die Männer zusammen mit Knütteln und Krücken bewaffnet. So zogen sie gen Kattowitz, gegen die Hochburg Trockenbrots und seiner Ingenieure, des Beraters Hörsings, und vor den Toren lochten die Männer, geschult in deutschen Regimentern, ihren letzten Kampf. Drohten dieser vermaledeiten Ordnung, die ihnen nach vierjährigem aufrichtigem Kriegszug nichts zu essen gab.

Trockenbrot war es recht, die sozialen Wünsche und Rechte auf das polnische Geleise abgehoben zu sehen, da ja dann die Front um so geschlossener war...

Es waren eben Polen, die den Bestand des Vaterlandes gefährdeten, und mit grimmigem Behagen schossen die Soldaten in die Menschenshaufen.

In Sackowitz, wo die letzten Streiter heimkehrten, mit blutig zerfetzten Leibern, in gelichteten Reihen, raste die Volksstimmung nun gegen Deutschland statt gegen Trockenbrot. Auf den Barrikaden predigte Dollny und erinnerte an den Fall Johannes Wiemann.

„Wisset... daß ihr die Besitzlosen seid. Besitzlos sein in diesem Lande, das heißt ein Pole sein.“

„Besitzend sein in diesem Lande, das heißt ein Deutscher sein.“

„Wisset, wen ihr zu hassen habt!“ —

So vollzog sich der Verrat der deutschen Nation an ihrem treuesten Stamm: dem ober-schlesischen.

Mit betäubter Sinneslust warf sich Sackowitz mit all seinen atnenden Labewesen in die Arme der polnischen Bewegung.

Selbst Hörsing traute sich nicht mehr, Sackowitz mit Stumpf und Stiel auszurufen.

Hier aber ließen sich Dollny und Woitech nun nieder. Warteten auf die Franzosen.

Hier in Sackowitz beschleunigte Hörsing, der treue Diener Trockenbrots, den verderblichen Prozeß, Oberschlesien in die Arme der polnischen Demagogie abzugeben...

Es schwelte der ganze Leib des Industriertiers „O.S.“

Trockenbrot schwankte.
Die Schornsteine rauchten nichts denn Apathie. Nichts denn Gleichgültigkeit am deutschen Schicksal.

Hörsing aber schoß die Menschen nieder.

Hörsing, der nie im Leben einen waschechten Oberschlesier gesehen. —

Unten... in den Grubenbäuchen barsten die Blöcke rascher als sonst vor den nervösen, ungleichmäßigen Schlägen der Keilhauen. Und nur eine Frage saß auf den Lippen der Kumpel:

Du, Pierun, bist du ein Deutscher?
Du, Pierun, bist du ein Pole?
Das Leben hing von der Antwort ab.
Deutscher — Pole...

Diese gleichgültig und stumpfsinnig gewordenen Männer kannten kein Deutschum und kein Polentum mehr.

Sie kannten nur unsterblichen Haß, der sich in die polnische Fassade verkroch...

Sie kannten nur unbeschreibliche Abscheu vor denen, die ihre besten Jahre mit Beschlag belegten. Und sie quittierten mit der blinden Wut.

Bimbim.

Die Räder der Fördertürme aber spielen so leicht. So traumhaft. So federnd. So ent-hoben aller Schwere. So festlich. So gewandt. So zuverlässig. So sicher. So allverständlich.

Bimbim.

Rettungsarbeiten am „Malygin“

Moskau, 4. Januar.

Nach einem Telegramm des Kapitäns des Eisbrecher „Sedow“, der, wie bereits gemeldet, dem auf eine Sandbank aufgelaufenen Eisbrecher „Malygin“ zu Hilfe geeilt ist, hat der „Malygin“ ein Leck unter Wasser davongetragen. Sämtliche Fahrgäste und ein Teil der Fracht konnten geborgen werden. Es ist auch bereits mit dem Auspumpen des Wassers begonnen und alle Maßnahmen zur Hebung des Dampfers sind getroffen worden.

Der „Malygin“ ist einer der tüchtigsten und bekanntesten Eisbrecher der Sowjetunion. Er war an der Rettungsaktion für die „Italia“-Mannschaft des italienischen Nordpol-fahrers Nobile hervorragend beteiligt. Die Heldentat selbst wurde seinerzeit bekanntlich vom „Krasin“ vollbracht, der infolge günstiger Eisverhältnisse die gestrandete „Italia“-Mannschaft schneller erreichen konnte.

Alljährlich befindet sich der „Malygin“ auf Forschungsfahrten im Nördlichen Eismeer. Er war auch in diesem Jahr sich an den Forschungen im Rahmen des internationalen Polarjahres beteiligt. Bei seiner letzten Fahrt befand er sich unterwegs von Rußland nach den Kohlengruben auf Spitzbergen.

Die Strandung erfolgte bald nachdem der „Malygin“ das sehr gefährliche Gebiet um die Hoffungsinsel passiert hatte.

Die Hoffungsinsel befindet sich inmitten der sogenannten polaren östlichspitzbergischen Strömung, die unaufhörlich Eismassen von Norden nach Süden schwenmt. Wahrscheinlich ist der „Malygin“ auch Ende Dezember durch die Eismassen von seinem Kurs abgetrieben worden, so daß er auf eine Bank aufließ.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurde durch die Gesteinsmassen der Boden

des Schiffes durchschlagen, so daß Wasser in großen Mengen eindrang.

Die Pumpen des Eisbrechers wurden jedoch nicht beschädigt und sind bis zur Stunde noch in Funktion.

Gefahr ist also nicht vorhanden.

Der „Malygin“ sandte sofort SOS-Rufe aus, die zunächst von dem Eisbrecher „Sedow“, der in der Nähe wissenschaftliche Forschungen vornahm, beantwortet wurden. „Sedow“ nahm sofort Kurs auf die Unfallstelle und erreichte den „Malygin“ nur wenige Zeit später.

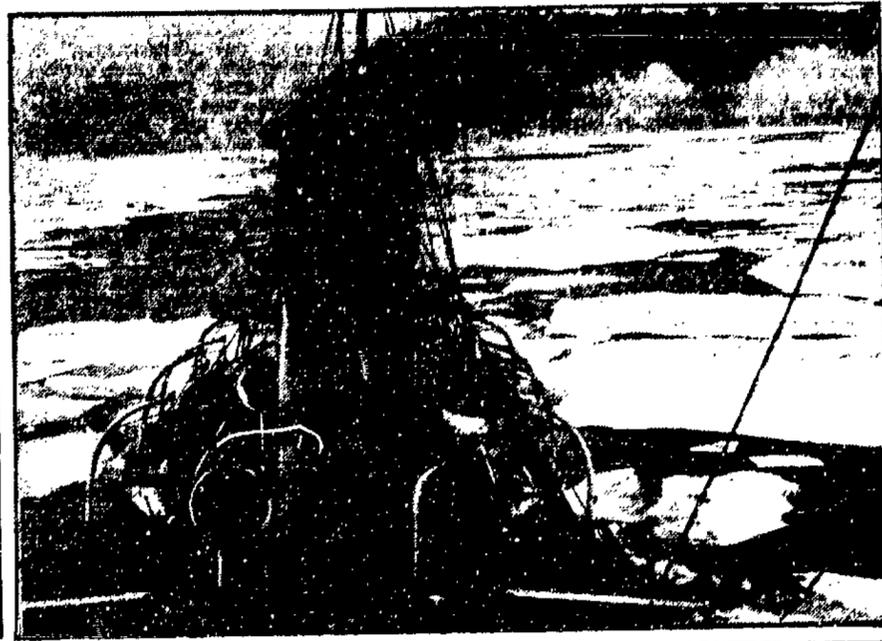
Trotzdem hat die Sowjetregierung von Archangelsk den größten russischen Eisbrecher „Lenin“ zum „Malygin“ entsandt. Man hofft, den „Malygin“ in aller kürzester Zeit flott zu bekommen.

Massenaustritte aus der Kirche

Im Jahre 1931 sind nach Mitteilung der evangelischen Landeskirche von Sachsen 35 520 Personen (im Jahre 1930 waren es 28 556) aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen ausgetreten.

Zirka 85 Prozent der Ausgetretenen sind zu den Dissidenten und zu den Freidenkerorganisationen gegangen.

Ein erfreuliches und bemerkenswertes Ergebnis des Anwachsenden des proletarischen Klassenbewußtseins. Die sich vertiefende Krise, die immer größer werdende Verleumdung der Massen hätte allein ohne der gleichzeitigen revolutionären Bewußtseinswirkung nicht diesen großen Erfolg gehabt. Immerhin ein guter Anfang, der das revolutionäre Proletariat bei seiner Werbung zum Kirchenaustritt wirkungsvoll unterstützen kann, ein Anfang, der für das Proletariat in den anderen deutschen Staaten empfohlen werden muß.



Alle Rechte insbesondere die der Uebersetzung und der Nachdrucks vorbehalten.
Copyright 1932 by
Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die Kleinen
Mein zweiter Winter in unserer „neuen Erde“ blühte auf. Der federleichte Schneeflaum schäumt in den Weiten der Hügel und Täler. Er schmilzt im spiegelnden blauen Horizont und löst sich im Himmel auf. In den tiefen Klüften der Gebirge verdichtet sich die dunstige Stille.

Wolkenreicher Schnee bedeckt unser Hof. Der Nebel ist zu kleinen Schäfchenlocken erstarrt, hoch auf den Dächern der Wohnhäuser ist er erstarrt. Die Wände, die früher mit ihrem Weiß vom schwarzen Schmutz der Straße abstachen, sind jetzt dunkelgrau, rostig, vom herbstlichen Wind gepötscht.

Die Luft ist schwer, dumpf und gedeckt, und die nahen Stimmen der Menschen hinter den Gebäuden klingen fern und verwaschen. Ueber den schneeigen Schmutz führen kleine Pfade, und die frischen Schritte scheinen lebendig zu sein.

Wir sind mit unseren Kleinen aus dem Kindergarten herausgegangen, um den ersten Schnee organisiert zu begrüßen. Sie gingen, zu zweit, zuerst die ganz Kleinen, dann, hinten, die Oktoberkinder. In einer langen Reihe gingen sie und zwitscherten wie Vögel. An der Spitze marschierte ich, hinter mir Natascha. Der Schnee spiegelte sich in den Augen der Kinder, ihre Gesichter röteten sich von Gesundheit und Freude. Der Schnee knirschte appetitlich und es schien, als zwitschere er ebenso wie die Kinder.

Dies war ein winterlicher Morgen noch ohne Sonne, mit einem schweren Himmel. Für uns war es der Morgen unseres neuen

Kindertages. Die Kinder sind schon an Ordnung gewöhnt: sie bringen die Reihen nicht durcheinander und stoßen sich nicht gegenseitig. Der Schnee war leicht, wie Flaum, und die Füßchen der Kleinen pflügten ihn, warfen ihn in die Luft. Die Disziplin wurde zuerst durch einen kleinen, menschenscheuen und launischen blassen Jungen, mit dem trüben Gesichtchen eines Wassersüchtigen, durchbrochen. Es war Wjetrows Söhnchen. Er stieß ein kleines Mädchen. Das Mädchen kreischte auf und brüllte so laut, daß es im ganzen Hof schallte. Wie ein Kreiselpurzelte sie und vergrub ihr Gesicht in den Schnee. Die Kinder stürzten sofort zu ihr und hoben sie auf. Ich blickte ihnen gerührt in die kleinen Gesichter: ihre Augenlein liebtesten sie teilnahmsvoll und lächelnd sie ermunternd an.

„Weine nicht, Katjinka, er ist ein Schlimmer, er gehört noch nicht zu uns, er weiß noch nicht, was Freundschaft ist. Warum hast du sie gestoben? Du Hülfgan!“

Mit erstauntem Zorn in den dunkel gewordenen Augen umringten sie den kleinen Jungen. Bei einigen zitterten sogar die Lippen vor Erschütterung. Der Junge sah sie fremd, mit gerunzelter Stirn an und warf mit dem Fuß den Schnee auf.

Das geschieht öfter mit ihm: plötzlich, ohne Grund beginnt er zu toben, hartnäckig, mit wilder Verzweiflung, wie ein kleines Tier, überfällt er dann alle, schlägt, knoelt, spuckt ihnen ins Gesicht, tritt ihnen auf die Füße. Seine Nase wird dann spitz, wie bei einem kleinen Fuchs, er flücht die Zähne, seine Augen lachen und stechen und genießen den Schmerz und den Kummer der Kinder. Wenn Natascha und ich ihn streicheln, ihn beruhigen, ihn fragen, warum er das macht, dann schweigt er hoffnungslos, hört uns nicht zu und bemüht sich, wieder jemand anzuspucken, zu schlagen, zu knoelt, weh zu tun. Die Kinder wenden sich dann entfremdet und feindselig von ihm ab. Er bleibt dann allein mit mir oder Natascha. Ich packe ihn an den Schultern und ziehe ihn zu mir. Alle seine Muskeln zittern vor inneren Zuckungen, er atmet schwer, und in seinen Augen ist Wut, Rache, Leiden. Ich red. mit ihm, streichle seinen Arm, von der Schulter zum Ellbogen,

streichle den Rücken, vom Hals bis zum Gürtel. Er beruhigt sich, wird müde, seine Wangen röten sich, seine Augen füllen sich mit Tränen. Ich presse ihn an mich, und er, das Gesichtchen an meine Brust gedrückt, beginnt zu weinen. Auch mir wird es dann schwer ums Herz, und auch ich möchte dann am liebsten weinen. Nach so einer Geschichte fühle ich mich immer ganz erschöpft. Ich ruhe dann mit frühlicher Stimme die Kinder, und wir beginnen wieder zu spielen. In solchen Augenblicken verständigen wir uns schon mit den Augen, und ich suggeriere ihnen, daß sie ihn freundschaftlich behandeln, daß sie seine bösen Streiche vergessen. Sie und ich, wir lächeln ihm zu, umringen ihn mit Aufmerksamkeit. Er wird langsam lebendig, leicht, begeistert sich wieder fürs Spiel. Diese nervösen Anfälle wiederholen sich immer seltener.

Wir sprechen mit den Kleinen sehr häufig über ihr Leben in ihren Familien, darüber, daß die Erwachsenen die Kinder nicht verstehen, wie man sich zu Hause verhalten muß, und wie gut man auf eigene Weise eine Kinderkommune einrichten könnte. Während einer solchen Auseinandersetzung schreiben wir in unserer kindlichen Art ein Gesicht an die Kommune mit der Forderung, daß der Kindergarten und der Hort den ganzen Tag arbeiten sollen.

„Stört uns nicht, unsere eigene Kinderkommune zu bauen“, schlossen wir unser Gesicht. Im Sowjet der Kommune wurde über dieses Gesicht sehr ernst beraten, und man beschloß, den Kindern entgegenzukommen.

Ich erinnere mich noch an die Kinder, wie sie vor einem Jahr waren: launisch, unordentlich, unsicher, verstimmt waren sie. In der ersten Zeit erschöpfte mich der Kampf mit ihrem anarchischen Trotz bis aufs Äußerste. Ihre Frechheiten, ihre Streitigkeiten, das Gebüll der Mädchen, setzten mich in Verzweiflung, und nur ein ungläubiger Kampf mit mir selbst, um Selbstdisziplin und das Bewußtsein, daß die Erziehung der Kinder eigentlich Selbsterziehung sei, die durch ungestörte schöpferische Spiele zu erreichen ist, brachte mich auf die notwendige Höhe. Lebenstrennende Erfindungsgabe war dazu notwendig. Jeden Tag mußte man, neu geboren, Neues

schaffen, mußte jedes der Kinder kennen lernen. Ich mußte sie zwingen, ihre Widerspiegelung in mir zu finden, um sie anzuregen und zu begeistern.

Dieser morgendliche Exkurs ist kein zielloser Spaziergang. Der Schnee hat für uns eine ganz besondere Bedeutung: er gibt uns ganz neue Eindrücke über die Welt. Dieser Spaziergang ist unser wunderbarer Weg durch die Natur. Wir betrachten die kleinen Sternchen und staunen über ihre geometrische Schönheit. Die Sternchen lachen uns an, erzählen uns interessante Märchen vom Weltall und eröffnen uns die Geheimnisse der Erde. Und wenn diese flumigen Sternchen auf den kleinen Fingerchen schmelzen und zu Tröpfchen werden, gleitet ein Lächeln des Mitleids und der Begeisterung über die Kindergesichter. In ihren Augen glitzern dieselben Schneesternchen, wenn sie in den Schneehaufen baden, und die Wassertröpfchen auf ihren Handflächen löschen dann diese regenbogenfarbigen Sternchen in ihren Augen. Wir lernen, daß der Schnee die warme Pelzkleidung der Erde in frostigen Wintern ist, daß es für unsere Felder wichtig ist, daß sich diese Sternchen im Sommer in reichliche Gewitterduschen verwandeln.

Natascha wurde unter meiner Leitung zu einer talentvollen Erzieherin. Die Kinder lieben sie nicht weniger als mich. Sie ist immer gleichmäßig, ist eine gute Beobachterin und versteht das Kind schon an einem unbemerkbaren Zittern seiner Augen, an einer bedeutungslosen Bewegung. Sie versteht es, immer interessant zu sein, immer neu, sie spüren in ihr nicht die erwachsene Frau, nicht die Mutter Wolodjka, die in dem Kinderhort mit den Beinen trüchlich stampelt. Sie beschäftigt sich während der Arbeitsstunden mit wirklicher, echt kindlicher Begeisterung mit ihnen, und die ersten, vertieften Gesichter der Kleinen sind ihr eigenes, kindliches, wüßbegieriges Gesicht. Sie leitet, besser als ich, die Spiele, das rhythmische Turnen und verwandelt sich sich vollständig vergründend, in ein Kind. Sie liest sehr viel und wirft häufig solche Erziehungsfragen auf, daß ich, die qualifizierte Pädagogin, ihr selbst volle Staunen zuhöre.

Vollständige Faschisierung der polnischen Gewerkschaften

Der polnische Staatspräsident hat ein neues Vereinsgesetz herausgegeben, das am 1. Januar 1933 in Kraft tritt. Dieses Gesetz unterwirft alle Vereine, vor allem aber die Gewerkschaften der Aufsicht des Staates. Das neue Gesetz sieht folgende Maßnahmen vor:

Der Staat hat jederzeit das Recht, von den Vereinen Rechenschaft über ihre Mitgliederbewegung zu fordern. Auf Verlangen müssen die Gewerkschaften ihre Sitzungsprotokolle, Tätigkeits- und Kassenberichte den Behörden zur Einsichtnahme vorlegen. Staatsbeamte haben jederzeit das Recht, in die Gewerkschaftsversammlungen zu kommen und sich in alle innergewerkschaftlichen Angelegenheiten zu mischen. Vor allen Dingen aber wird die Grundbewegung überhaupt jeder Gewerkschaftsbewegung aufgehoben: Die Verbindlichkeit der Verbandsbeschlüsse für

die Mitglieder, d. h. also: Mitglieder, die gegen Verbandsbeschlüsse verstoßen, dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Dafür sieht das Gesetz eine neue Art von Vereinen vor, die Monopolvereine genannt werden. Der Minister kann an bestimmte Vereine die natürlich nur die Interessen des Staates und des Kapitals vertreten das ausschließliche Recht für die Tätigkeit auf einem bestimmten Gebiete erteilen, d. h. alle anderen gleichartigen Vereine, die auf diesem Gebiet tätig sind, verfallen in diesem Falle der Auflösung, da die Möglichkeit einer Betätigung wegfällt.

Wir sehen also, daß auch in diesem Punkte das faschistische Polen dem Beispiel Italiens folgt und staatliche Monopolvereine einführt. Je stärker die Krise des Kapitalismus wird, um so stärker wird auch die Bemühung der herrschenden Klasse, alle Lasten auf die Schultern der Ausgebeuteten abzuwälzen durch Lohnkürzungen, Unterstützungsabbau, Abbau der Sozialversicher-

ung usw. Um dies ungestört durchführen zu können, muß die Bourgeoisie alle Gegenmaßnahmen der Arbeiterklasse zu verhindern suchen. Das stärkste Bollwerk der Arbeiterklasse sind immer noch die Gewerkschaften, wenn sie auch unter der heutigen Führung in Deutschland wie in Polen ihre Kraft nicht einbüßen. Und gegen diese Gewerkschaften holt jetzt die Bourgeoisie vorläufig erst in Polen, wenn in Deutschland? zum vernichtenden Schläge aus.

Für die polnische Arbeiterklasse müßte dieses Gesetz der Anlaß sein zu gewaltigen Demonstrationen und Massenprotesten, in die Frage der Rettung der Gewerkschaften könnte die Tagesparole sein: „Schaffung einer Einheitsfront der stark zersplitterten polnischen Arbeiterklasse. In Deutschland aber gilt es, die Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen zu machen, hinter denen der Wille der gesamten deutschen Arbeiterklasse steht, um sie zu schützen. Nur dann, wenn alle Arbeiter, auch die kommunistischen Genossen, für die Gewerkschaften eintreten, wird die deutsche Arbeiterbewegung vor dem Schicksal bewahrt bleiben, das der polnischen droht.“ Kale.

Königsbergs Theaterwesen

(Eigene Meldung der SAZ)

Königsberg, 4. Januar. Auf Grund des kürzlich in der Presse mitgeteilten Antrages des Aufsichtsrats der Operngesellschaft n.b.H. hat der Magistrat beschlossen, erneut an die Stadtverordnetenversammlung wegen der Bewilligung der für die Weiterführung der Theater erforderlichen Subvention heranzutreten, um eine schnelle Klärung der Frage herbeizuführen, ob die Theater erhalten werden können oder nicht. Von der Kündigung des Personals konnte deshalb noch Abstand genommen werden, weil die Verträge ohnehin bis zum 30. April 1933 laufen. Dagegen war die Kündigung des Orchesters schon jetzt erforderlich, weil der Vertrag mit der Ostmarken-Rundfunkgesellschaft am 31. Juli sein Ende erreichen würde, wenn die Operngesellschaft eingeht, und weil die älteren Mitglieder des Orchesters Dauerverträge haben, in denen eine sechsmonatliche Kündigungsfrist vorgesehen und die Kündigung nur bis zum 31. 12. 1932 möglich war. Der Magistrat hat ferner ein Angebot zweier hiesiger Kaufleute abgelehnt, die sich erbieten hatten, mit einer um 40 000 Mark gekürzten Subvention den Theaterbetrieb weiterzuführen. Als Begründung hierzu führt der Magistrat an, daß festzustellen sei, daß Reich und Staat niemals den Gesellschaften, sondern nur immer der Stadt Zuschüsse für Theaterzwecke zur Verfügung stellen können und daß aus dem Angebot der Kaufleute zu ersehen wäre, daß diese mit Subventionen rechnen.

„Es ist eine Kulturschande!“

14 Millionen Tonnen Kohlen verderben — In 1 Jahr um die Hälfte entwertet

Das Organ des Christlichen Bergarbeiterverbandes, der „Bergknappe“, schreibt: „Die Brennstoffvorräte im Ruhrgebiet betragen Anfang Dezember 1932 rund 11,53 Mill. Tonnen. Das sind 230 600 000 Zentner. 3140 000 Zentner, oder knapp 1,4 Prozent der Gesamtvorräte, hat der Ruhrkohlenbergbau im Monat November 1932 zu herabgesetzten Preisen an Erwerbslose abgegeben. Die Qualität der sogenannten „Erwerbslosenkohlen“ ist in den meisten Fällen den ermäßigten Preisen angepaßt. Bei einem Vergleich der Vorratsmenge mit der mengenmäßigen Abgabe an Erwerbslose

ist die „Kohlenwinterhilfe“ des Ruhrbergbaues als sehr mäßig zu bezeichnen.

Wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet, werden für jeden Hausstand eines Bezugsberechtigten im Laufe des Winters bis zu 20 Zentner oder monatlich höchstens vier Zentner verbilligter Kohlen abgegeben. Diese Mengen sind kaum ausreichend. Dazu ist noch zu bemerken, daß viele Familien und alleinstehende Personen

auch den herabgesetzten Preis für Winterkohle nicht aufbringen können.

Die allermeisten übrigen Haushalte müssen gleichfalls an Brennmaterial sparen, obschon noch Arbeit und Verdienst vorhanden sind. Der Brennstoffmangel in den Haushalten ist allgemein.

Auf den Halden liegen mehr als 11 Millionen Tonnen Brennmaterial. Der notleidenden Bevölkerung mangelt es an Brennstoffen. Die Versorgung mit Heizmaterial ist keineswegs ausreichend.

Während die Haldenvorräte durch Lagerung entwerten, friert ein großer Teil der Bevölkerung.

Nach eigenen Angaben der Unternehmer beträgt die monatliche Entwertung des lagernden Kokses 2 Prozent und der Kohle 4 Prozent. Mithin ist die ein Jahr lang lagernde Kohle fast um die Hälfte entwertet. Das ist jedoch nicht der Zweck der Bergbauwirtschaft. Hier muß die Regierung sehr bald

und möglichst kräftig zupacken. Nirgendwo mehr als im Bergbau ist das Wort von „überlebten Wirtschaftsformen und unhaltbaren Besitzverhältnissen“ angebracht.

Es ist eine Kulturschande, daß eine kleine Gruppe von Großindustriellen mehr als 11 Millionen Tonnen Brennstoffvorräte systematisch verderben läßt, während die darübende Bevölkerung hungert und noch zu frieren gezwungen ist.

Eine Kommentierung dieser durchaus richtigen Bemerkungen des „Bergknappen“ ist nur insoweit erforderlich, als er sich darüber ausschweigt, wie diesem frevelhaften Spiel einer kleinen „Gruppe von Großindustriellen“ Einhalt geboten werden soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften und Arbeiterparteien die Öffnung und Freigabe der Halden erzwingen könnte. Dieser Massenaktion aber setzt die Gewerkschaftsführung ihren stärksten Widerstand entgegen. Durch radikale Redensarten wird man die Herren Vögler, Kirdorf und Klöckner nicht veranlassen können, die Lagerbestände freizugeben. Es ist an der Zeit, daß den Worten endlich Taten folgen. e.h.

Brief aus dem Harz

Thale, im Harz.

Das Wohlfahrtsamt gab vor Weihnachten Gutscheine in der Höhe von 1 bis 2 RM aus, auch sonst wurden noch kleinere Geschenke an getragenen Zeug gemacht. Doch das Wohlfahrtsamt fühlte sich berufen, nach diesem mageren Weihnachtsgeschenk einen Neujahrsgruß zu entbieten. Keine Freude wollte entstehen ob dieser Neujahrsgeschenke. Nun, sie war auch gar nicht danach abgefaßt:

„Die finanzielle Lage der Stadt läßt es nicht mehr zu, die seit dem 1. August 1932 gezahlten Sätze nach dem 31. Dezember noch zu zahlen. Deshalb werden mit Wirkung vom 1. Januar 1933 nur noch folgende Sätze gezahlt:

Für eine einzelne Person im elterlichen Haushalt wöchentlich bisher 3,46, jetzt 1,66; für eine einzelne Person mit eigenem Haushalt wöchentlich bisher 6,92, jetzt 6,69; für eine Familie mit einem Kind wöchentlich bisher 12,45, jetzt 10,01; für eine Familie mit fünf und mehr Kindern wöchentlich bisher 19,53, jetzt 16,15.

Wir erlauben uns, ganz schüchtern die Frage zu stellen, wie sollen die Erwerbslosen bei einer solch hohen Lebenshaltung wie in unserem Kurort, bei einer durchschnittlichen Miete von 20 RM pro Monat auskommen? Von welchem schweren Los werden die

Kinderreichen betroffen! Sie bekommen nur für fünf Kinder. Die anderen — sie leben von der Luft — erst das Zwölftel erhält von der preußischen Regierung eine Porzellan-tasse. Wirklich, Kindersegen ist Gottessegens; doch wenn die Kinderchen da sind, werden die Familien geprellt. — Und immer lauter tönt der Ruf: „Gebt uns Brot, gebt uns Kleidung für unsere Kinder!“ Doch die Antwort haben wir oben gesehen, und dieses alles trotz einer sozialdemokratischen Magistratsmehrheit. „Die Verhältnisse der Stadt lassen es nicht mehr zu, solch hohe Unterstützungssätze zu zahlen.“ — aber die Verhältnisse dulden es, daß noch solch hohe Gehälter gezahlt werden, wie z. B.:

der Erste Bürgermeister monatlich 726 RM,
der Bürodirektor monatlich 480 RM,
der Polizeikommissar monatlich 449 RM.

Doch finden wir noch ein Glanzstück auf dieser Neujahrsgesellschaft; es heißt dort wörtlich: „Der Herr Erste Bürgermeister ist in Zukunft für die Erwerbslosen nicht mehr zu sprechen.“ Ei gewiß, Herr Bürgermeister, wir verstehen, diese Leute riechen zu sehr nach Armut und Hunger, und Sie als Sozialdemokrat wollen nicht so oft an die Not erinnert werden.

Doch ihr Wohlfahrtsempfänger, erkennt euer Klussenbewußtsein, wehrt diesen Unterstützungsraub einmütig ab, greift zur Selbsthilfe, indem ihr eine geschlossene Front bildet und euch wappnet für den kommenden Kampf!

Die Rote Hilfe veranstaltet für die Angeklagten im Landfriedensbruchprozess eine Sammelaktion. Bei dieser Gelegenheit entpuppte sich ein Spitzel. Doch scheinbar war unsere Polizei allein zu „schwach“, mit Hilfe von auswärtigen Kriminalisten suchte man die Sammler, und als man sie nicht fand, stürmte ein Polizeiaufgebot das Lokal, in dem die Rote Hilfe eine Mitgliederversammlung abhielt. Die Sammelisten sowie 15 RM gesammelte Gelder wurden beschlagnahmt. — Deutschland ist ob dieser großen Tat mal wieder gerettet.

Ihre Kampfparolen als Neujahrsgruß senden die Kommunisten an die Bevölkerung. So wahr und so richtig wie zum Teil diese Parolen sind, eins können sie sich jedoch auch im neuen Jahr nicht abgewöhnen, das ist die Parole: „Nur unter Führung der KPD werden wir siegen.“ Und sie, die sich Leninisten nennen, verkennen die Tatsache, daß das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr Werk selbst sein kann. Lenin sagte: „Mir scheint ein Bündnis zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten unbedingt notwendig zu sein!“

Bitte, ihr Genossen von der KPD, wir bieten euch abermals die Hand, kommt, laßt uns die Einheitsfront des Proletariats schaffen, nur sie allein ist stark genug, den Gegenstoß gegen das kapitalistische System zu führen. Seid ihr bereit?

Auch den Genossen der SPD rufen wir diese Parole als Neujahrsgruß entgegen. Seid auch ihr bereit??

Es scheint demnach nicht so zu sein! Der „Parteivorstand“ des hiesigen Ortsvereins überrascht seine Mitglieder auch mit einem Neujahrsgruß folgender Form:

„Zur Jahreswende übermitteln wir auch die herzlichsten Wünsche auf Besserung der trostlosen wirtschaftlichen und politischen Lage. Möge im neuen Jahr der Teil des Volkes, der bei der letzten Wahl seine Stimme noch den Kommunisten und Faschisten gab, erkennen, daß das Heil nicht von Rom oder Moskau kommt. Der überflüssigen „Neuüberholung“ der Partei muß die innere Erneuerung folgen. Darum neue Funktionäre, darum haben wir auch auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung u. a. den Ausschluß von zwei Genossen gesetzt.“

So wird also bei der SPD eine große Reinigungsaktion angekündigt. (Wir werden später noch darüber berichten.) Doch uns dünkt, daß mit dem Ausschluß der zwei Genossen nicht die SPD gerettet wird.

Ziel und Zweck des FAD

200 000 Mark sollen an Löhne eingepart werden

Der Kreis Rees (Niederrhein) führt jetzt ein Projekt durch, das seit Jahrzehnte — wegen dem Kostenpunkt nicht durchgeführt werden konnte. Der Issel (Fluß) hat dem Kreis und der Bauernschaft des Kreises schon viel — Kopfschmerz und Schaden zugefügt. Im allgemeinen ist der Fluß recht harmlos, ist flach, und führt in den meisten Jahreszeiten das Wasser regulär nach Holland in die Nordsee hinein. In den Regenperioden fängt der Lehmboden das Regenwasser in der Oberbauernschaft des Kreises auf, dort sackt es nicht in demselben Maße fort, sondern überströmt die Unterbauernschaft ganz gewaltig. In diesen Zeiten ist der Fluß in ein paar Stunden sehr reißend und hat denn auch schon großen Schaden angerichtet.

Aus den angeführten Gründen ist die Regulierung zu begründen. Bisher wurden die laufend erforderlichen Arbeiten durch die Isselgenossenschaft ausgeführt. Dabei hatten ständig ein paar Landproleten Arbeit, die sich nicht allein durch ihre Landwirtschaft ernähren konnten. Für die jetzt geplante und auch notwendige Arbeit fehlte dem Kreis und auch der Isselgenossenschaft das erforderliche Geld.

Jetzt — wo der „freiwillige Arbeitsdienst“ eingeführt ist — sind auch die Monaten da. Der Bruder Arbeiter muß das Karnickel sein um die Arbeiten durchzuführen. Bei einer ordnungsmäßigen Ausführung soll das Projekt sich auf 600 000 Mark belaufen — mit dem freiwilligen Arbeitsdienst will man es mit 400 000 Mk. fertigstellen. Davon sollen für 100 000 Mk. Notstandsarbeiten (Materialarbeiten) und den Hauptteil mit dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ oder mit dem ADGB gesprochen — „sozialen Dienst“ ausgeführt werden.

Unter dem Druck der Verhältnisse — auf Kosten der jungen Volkskraft — der man nur wenig oder überhaupt keine Unterstützung gibt, will man jetzt solche Maßnahmen schaffen. Ein feines Geschäft für die herrschende Klasse — 200 000 Mk. oder ein Drittel der Gesamtkosten an Arbeitslöhnen einzusparen. 400 junge Proleten sollen dafür auf längere Zeit ausgemergelt werden. Für die Finanzierung sollen auf Verlangen der Regierung ein Teil der RW-Aktien abgestoßen werden. Ein Teil der Arbeiten sind schon in Angriff genommen. Der Hauptteil, der jetzt gemacht werden soll, muß erst vom Kreistag die Genehmigung erhalten (der Verkauf von 250 000 Mk. RE-Aktien) und die Reichsanstalt gibt dann noch 100 000 Mk. dazu.

Am 30. Dezember findet eine Kreistagsitzung statt, die die Probleme erledigen soll. Die vom Landrat bezw. der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Steuer (Erhöhung der Kreisumlage für Realsteuern von 88 auf 120%) möchten alle Abgeordneten wohl am liebsten ablehnen, dagegen wird die Arbeitsbeschaffung allgemein, auch von der SPD mit Freuden begrüßt. Trotzdem die hiesigen Gewerkschaften „den sozialen Dienst“ ablehnen, hat sich der SPD-Vorsitzende und der pensionierte Gewerkschaftssekretär Spindler — im Einverständnis mit dem Bezirkssekretariat des ADGB das Recht genommen, für die Gewerkschaften zu verhandeln. Die jungen Arbeiter sollen in geschlossenen Lagern (Baracken) untergebracht werden, wie allgemein in Stahlhelm, NSDAP, Christen und „Sozialer Dienst“ Arm in Arm für die von den Kapitalisten so sehr erwünschte „Arbeitsbeschaffung“. Charakteristisch hierbei ist, daß die Erhöhung der Steuer und „Arbeitsbeschaffung“ sich gegenseitig inhibiert und den Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft scharf kennzeichnet. Für die Arbeiterschaft bleibt nur der eine Weg — durch gemeinsame außerparlamentarische Aktionen den Kampf um ihre Existenz — gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Bergarbeiter-Verbandstag

Der Bergbau-Industriearbeiterverband beruft seine diesjährige Generalversammlung für die Zeit vom 25. bis 30. Juni nach Bochum, dem Sitz des Verbandes, ein. Die Tagung wird sich vornehmlich mit den Fragen der Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, der Verstaatlichung des Bergbaus und mit den Wahlen zum Internationalen Bergarbeiterkongress beschäftigen.

Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands hält seine Generalversammlung vom 13. bis 17. März in Königsberg ab.

Weberstreik in Lille

WTB. Etwa 500 Weber von Lille und Armentières sind heute in den Streik getreten, um gegen die Einführung besonders breiter Webstühle zu protestieren, durch die eine Personalersparnis ermöglicht werden soll. Die Streikenden hoffen, daß sich ihrer Bewegung auch die Arbeiter anderer Weberbezirke anschließen.

Betrieblicher Hungerstreik

Die Not erzwingt grauenhafte Kampfmethoden

Czenstochau (Polen), 4. Januar.

Seit Freitag abend vergangener Woche haben die Arbeiter der Papierfabrik in Czenstochau das Fabrikgelände nicht verlassen und verweigern die Annahme jeglicher Nahrung. Die Leitung der Papierfabrik hatte beim Demobilisationskommissar eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent durchgedrückt, was von der Belegschaft für untragbar erklärt wurde. Am Dienstag früh versuchten die Frauen der streikenden Arbeiter einen Sturm auf das Verwaltungsgebäude, wurden aber von der Polizei zurückgedrängt. Die Belegschaften zweier Jutefabriken inszenierten am Montag einen anderthalbstündigen Sympathiestreik. Die Werksleitung der Papierfabrik hat der Arbeiterschaft als Bedingung für neue Verhandlungen das Verlassen des Fabrikgebäudes mitgeteilt; auch der Arbeitsinspektor bemüht sich, eine Einigung herbeizuführen.

Hungerstreik in der Fabrik! Diese Kampfmethoden sind unser Wissen hier zum erstenmal angewandt. Sie zeigt, zu welcher grauenhaften Methoden die einzelnen Betriebsbelegschaften im Zeitalter des zusammenbrechenden Kapitalismus greifen müssen, um überhaupt „gehört“ zu werden, wenn von der ganzen Klasse der revolutionäre Ausweg nicht erzwungen wird. Dieser Kampf beweist auch, daß die breiten Massen in bezug auf neue Kampfmethoden den allein schöpferischen Faktor darstellen.